

sollte in die sozialdemokratische Partei ein-
treten können.

Die Partei des gesamten werktätigen
Volkes ist also die Sozialdemokratie!

Ihr überall zum Siege zu verhelfen oder durch
eine große Stimmzahl ihr Ansehen und ihre Macht
zu stärken, muß die Aufgabe am 16. Juni sein!

Der Sieg der Sozialdemokratie ist die beste Gewähr
dafür, daß nur gute Handelsverträge abgeschlossen
werden, die einzige Weltpolitik, von der die ge-
samte Industrie und das ganze Volk Vorteile
haben.

Der Sieg der Sozialdemokratie ist die
Garantie des Friedens, bürgt die Solidarität
der Nation in sich, und der Nationen zu
Nationen.

Der Sieg der Sozialdemokratie bedeutet
das Ende der Beutepolitik, macht dem Fort-
schritt die Bahn frei, öffnet der Freiheit die
Pforten!

Der Sieg der Sozialdemokratie ist der Sieg der
Kultur, er wird das Volk geistig, wirtschaftlich und
sozial auf eine höhere Stufe heben!

Was ist und was will die Sozialdemokratie?

Mit Lüge und Verleumdung kämpfen die reaktionären,
die sogenannten „Reaktionären“ Parteien gegen die Sozial-
demokratie, um am Tage der Reichstagswahl, am
16. Juni, Sitze im Reichstag für sich zu ergattern.
Ihr Maurer Deutschlands, müßt euerlich und eifrig
mitwirken, im Volke die Wahrheit über die Sozialdemokratie
zu verbreiten, und diese Wahrheit zu verteidigen. Denn die
Sache der Sozialdemokratie ist eure Sache, die
gerechte Sache der ganzen arbeitenden Klasse!
Nur und bündig müßt ihr überall Folgendes verkünden:

Die Sozialdemokratie ist die Partei des Fortschritts
auf allen Gebieten; sie erstrebt nicht Herrschaft und Unterdrückung,
sondern die Freiheit, Gleichheit und Gerech-
tigkeit und das höchste Wohlfahrten Aller.

Ihre Forderung ist: Nieder mit der Klassen-
herrschaft und der Ausbeutung des Menschen
durch den Menschen!

Die Sozialdemokratie bekämpft demgemäß Unrecht und
Gewalttat, Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Gestalt.

Die Sozialdemokratie verlangt die Er-
weiterung der politischen Rechte und Frei-
heiten in Reich, Staat und Gemeinde für alle
mündig gewordenen Personen.

Sie verlangt die volle Presse-, Vereins-, Ver-
sammlungs- und Koalitionsfreiheit, insbe-
sondere auch für die Landarbeiter!

Sie fordert absolute religiöse Freiheit für
alle religiösen Genossenschaften (Kirchen) und
ihre Loslösung von Staat und Gemeinde auch
in finanzieller Beziehung.

Die öffentlichen Bäder sollen nach Maß-
gabe des Vermögens und des Einkommens
ausgebaut werden und nicht durch erdrückende
Lebensmittelpreise und Bölle.

Die Sozialdemokratie erstrebt ferner die Umwandlung
der stehenden Armee in ein Milizheer und die

Einführung der militärischen Jugendzuchtung.
Jeder Wehrfähige soll Vaterlandspatrio-
tischer werden, aber nicht länger im Dienste
bleiben als es seine Ausbildung hierzu er-
fordert.

Die Sozialdemokratie verlangt die Handhabung
einer auswärtigen Politik, welche auf die
Ausführung und Verbesserung der Kultur-
völker und den friedlichen Ausgleich der
vorhandenen gegensätzlichen Interessen ge-
richtet ist.

Schlichtung internationaler Streitigkeiten
durch einen internationalen Gerichtshof, der
durch die beteiligten Nationen erteilt wird.

Schaffung eines internationalen Rechts.
Sicherung und Verbilligung der Rechts-
pflege; Schutz und Hilfe den Ausgebeuteten
und Unterdrückten, insbesondere der Arbeiter-
klasse.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit (Ar-
beitsvertrag), Errichtung eines Reichs-Arbeits-
amts, Organisierung der Gewerbe-Inspektoren
von Reichswegen, Vereinheitlichung und Er-
weiterung der Reichsversicherungs-Gesetz-
gebung, staatliche Anerkennung der Gewerks-
schaften, Beseitigung aller Ausnahmegerichte.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre bis-
herige Tätigkeit in den Parlamenten gezeigt,
daß sie es mit ihrem Programm und ihren
Überzeugungen ernst nimmt: Sie war und ist
der öffentliche Ankläger alles Unrechts, jeder Gewalt-
tat, jeder Niedertracht, einerlei, wer der Atten-
täter ist. Sie geht trotz allem Gefahr ihrer
Feinde ihren Weg und thut ihre Pflicht.

Die Sozialdemokratie im Reichstag zu
fördern, liegt im allgemeinen Kulturinteresse;
sie allein hat den Willen und die Fähigkeit,
Deutschland zu einem Reich zu gestalten, in
dem Freiheit, Friede, Gerechtigkeit und das
Wohlfahrten Aller die Fundamente einer Or-
nung bilden, die kein Sturm mehr zerstören
kann.

Die Sozialdemokratie ist also die wirkliche, die
einzige wahre Volkspartei. Für ihre Kandidaten ein-
zutreten, ist höchste Pflicht jedes ehrlich und vernünftig denkenden
Mannes.

Maurer Deutschlands, genügt auch Ihr dieser
Pflicht! Wie in unseren gewerkschaftlichen Kämpfen
setzt, so geht auch in dem jetzigen Wahlkampf mit gutem
Beispiel voran!

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem „Korrespondenzblatt der Generalcommission“.)

Währungsfrage bei anhaltend günstiger Produktionsent-
wicklung. — Industrieerholung im deutschen Osten, der
Stettiner Balfan an der Nordsee. — Vom Synalatswesen.

Wenn auch die Werts immer wieder zeitweilige Rück-
schläge erfährt, besonders in den Montanbereichen, so wird man
doch von einem Fortschritt der günstigeren Produktions-
bedingungen reden können.

Währungsfrage sind oft weiter nichts als Folge über-
höhter Zukunftserwartungen, die bereits in den Kursen Ausdruck
finden; sie beweisen abdem nur, daß nicht alle Wirtschaftskräfte
der Spekulanten reifen, daß viele Spekulanten an die

Erfüllung der übertriebenen Hoffnungen nicht mehr glauben
oder zu kapitalistisch sind, um ihre Werte noch auf längere
Zeit behalten zu können. Die stärkere Absorption der Papiere
wird dann wieder einmal die Kurse nach abwärts, obwohl sich
am Gange der in Frage kommenden Produktion nicht das
Geringste geändert zu haben braucht.

In großem Maßstabe zeigte sich neuerdings dieses Bild
auch im Auslande, und zwar bei den Transvaal-Gruben-
werken. Trotz der Schwierigkeiten der Arbeiterbeschaffung hat
in Transvaal die Produktion von Gold und Diamanten
seit dem Ende des Krieges von Neuem stetig zugenommen,
wenn auch die alten Schächter vorläufig noch in weiter Ferne
liegen. Man erbeutete im Werte von Tausend Pfund Sterling:

	Gold	Diamanten
im Juli 1909	646 252	75
August 1909	689 654	186
September 1909	739 276	425
Oktober 1909	786 817	818
November 1909	803 638	870
Dezember 1909	828 945	609
Januar 1908	854 449	1279

Die Spekulation ging jedoch noch von ganz anderen Wahr-
scheinlichkeiten aus und trieb mit allen Mitteln der mar-
schallischen Methode die „Rassen“ zu wahren Schwindelkuren
empor. Als die Ermächtigung kam und die Kurse fielen, häuften
sich auch die Notverkäufe, und nicht bloß in Johannesburg,
sondern auch an der Pariser Börse sind dadurch längere Zeit
große Schwierigkeiten entstanden, die wiederum in London ziem-
liche Bestürzung hervorriefen.

Wenigst bei unseren Montanwerken, deren nächste Zu-
kunft von der Spekulation gleichfalls überschätzt worden war.
Dem Kursrückgang scheint jedoch keine übermäßige Depression
der Produktion zu Grunde zu liegen. Die Produktion bleibt
sich vielmehr, zwar langsam aber stetig, nur die Ueber-
hebungen der Börse haben in der letzten Zeit eine
Korrektur erfahren.

Denn von einem springweisen Aufschwung, wie ihn die
Spekulation voraussetzt, kann allerdings noch nicht die
Rede sein; der innerweltliche, hergebrachte Optimismus,
der stets ein Kennzeichen der industriellen Wüchse ist, ist in der
That noch nirgends in der Produktions-sphäre zurück-
getreten. So lauten die Berichte aus Obereschlesien zwar
günstiger als bisher; jedoch wird gleich hinzugefügt, daß es
z. B. die Stubeisenerzeugung mit größeren
Abschlüssen durchaus nicht eilig hat, weil man annimmt,
man habe baldige, wesentliche Preisrückgehungen bei der Bedarfs-
deckung kaum zu fürchten und brauche sich darum in der Gegenwart
nicht unnötig zu binden. Man erinnere sich dagegen, wie man
in der letzten Aufschwungszeit sich die härtesten Bedingungen
ruhig und gern auferlegen ließ, nur um später nicht noch härtere
Bedingungen eingehen zu müssen oder schließlich bei den
Lieferungen ganz auszufallen! Wenigst wird die westliche
Eisenindustrie fortgesetzt beunruhigt durch das Abflauen des
Exportes nach Amerika. Aus dem dortigen Süden wird von
beherrschenden neuen Preisermäßigungen berichtet. Zu den
schwebenden Kreisen des Stahlstrahls scheint man sich auf einen
schärferen Kampf gegen alle Stahlindustrien vorzubereiten für den
Fall, daß der amerikanische Bedarf in seinem letztjährigen
außerordentlichen Wachstum zum Stillstand kommt. Ein
„hoher Funktionär“ des Stahlstrahls äußerte nach den „Berliner
Neuesten Nachrichten“:

Der deutsche Eisen- und Stahl-Export nach den Vereinigten
Staaten ist so gut wie ausgeschlossen, und Alles, was von
Deutschland noch herkommt, ist auf Grund älterer Kon-
trakte. Sollte es nötig sein, werden die südlichen Hochöfen,
welche dem betreffenden auswärtigen Importe durch die Preis-
ermäßigung von 1 Dollar pro Tonne ein Ende bereitet haben,
mit weiteren Preisermäßigungen vorgehen. Die amerikanischen
Hochöfen und Werke können, wenn nötig, die Produkte billiger
abgeben als jetzt und dabei noch immer anständig verdienen.
Jeder Verlust Deutschlands, das hier einen Konkurrenzkampf aus-
scheiden würde, für die deutschen Industrien verhängnisvoll
werden. Die jetzige Situation, welche den auswärtigen
Industriellen den Export nach den Vereinigten Staaten
gestattete, war eine absolut abnormale und wird
sich wohl nicht mehr wiederholen. Vor drei Jahren haben wir
den deutschen Eisen in Berlin selbst Konkurrenz gemacht; so

Was ist und zu welchem Ende betreibt man Weltgeschichte?

Von Julian Vorwardt, Königsberg i. Pr.

Die Frage, mit welcher Wir uns beschäftigen, ist
eine von denen, die in der deutschen Arbeiterschaft von jeher
das größte Interesse erweckt haben. Wie bei den deutschen
Arbeitern der Durst nach Wissen im Allgemeinen sehr groß
ist, so ganz besonders das Verlangen nach historischem
Wissen. In welcher Weise wird dies Verlangen befriedigt?

Denken wir zurück an die Jahre unserer Kindheit, an
die Zeit, da man uns in der Schule zuerst in der Welt-
geschichte unterwies, und überließen wir im Geiste den
Unterricht, den man uns damals bot, so finden wir, daß
er im Großen und Ganzen in nichts Anderem bestand, als
in der Erzählung von Ereignissen. Wir lernten
eine ganze Menge Dinge kennen, die passiert sind. Die Er-
eignisse, die wir da zu hören bekamen, waren nicht immer
gleiches Art. Nach den verschiedenen Altersstufen der Kinder
war eine Einteilung getroffen. In den ersten Jahren gab
man ausschließlich Berichte von Schlachten und Kriegen,
zuerst aus dem Gebiet der Sage, dann aus der eigentlichen
Geschichte. Aber immer waren es sogenannte Heldentaten,
von Helden oder von Menschen. In etwas reiferem Alter
kam die „politische“ Geschichte. Das war aber auch wieder
nichts, als eine Erzählung der Intrigen, der Mänze, der
Pflisse und Anstiche, mit denen unsere Diplomaten sich ein-
bilden, die Geschichte der Welt zu lenken. Und auch hier war
Alles darauf ausgelegt, zu zeigen, wie geschickt und tüchtig
der eine oder der andere Staatsmann die Sache gemacht hat;
der wurde dann gebührend bewundert. Auch hier also lief
Alles auf die Verherrlichung der „großen Männer“ hinaus.

Dieser Weise gegeben wird und als sein Ziel immer
immer wieder die Verherrlichung einzelner Personen an-
sieht, das hat seinen Grund zunächst in den Zuständen unserer
Schulen im Allgemeinen. Eine Schule, welche ihren Auf-
gaben voll gerecht werden soll, müßte nur einem einzigen
Zweck dienen: der Verbreitung von Bildung und Aufklärung,
ohne jede Nebenabsicht. Leider ist dies aber bei unseren
heutigen Schulen keineswegs der Fall. Demis wollen sie auch
Bildung und Aufklärung verbreiten, aber das ist nicht ihr
einziger, nicht einmal ihr erster Zweck. Wenn an steht ihnen
vielmehr eine andere Aufgabe, nämlich den Kindern folgen-
gende drei Dinge beizubringen: Patriotismus,
Frömmigkeit und Klassengeist. Wer hätte nicht
schon gehört, daß die Schule die Aufgabe habe, patriotischen
und frommen Sinn zu pflegen, daß sie die Kinder zu „guten
Staatsbürgern“ erziehen soll, die demoralisiert, treu zu Kaiser
und Reich, und zur bestehenden Ordnung stehen sollen?

Nützens aus, das ihnen die Schule an geschichtlichen Wissen
in's Leben mitgab.

Die Schlachten aber, die länger in der Schule ver-
weilen, d. h. fast ausschließlich die Kinder der Wohlhabenden,
welche die höheren Schulen besuchen, das bekamen die nun
zu hören? Zunächst gab es daselbst Gerichte noch einmal
aufgefrischt, in sogenannten „berühmten Kurios“. Die Ver-
herrlichung bestand aber nur darin, daß zu den schon erzählten
Ereignissen noch ein paar hinzukamen. Damit gingen wieder
einige Jahre hin, und dann erst kam, was man Kultur-
geschichte nannte. Dazu gelangten also nur die ganz Aus-
erwählten, die in den Gymnasien und ähnlichen Anstalten
bis in die höchsten Klassen aufwärts, wieder nur eine Er-
zählung von Ereignissen. Es wurde vorgetragen, was der
oder jener Künstler für Bildwerke oder Bauwerke geschaffen,
was der oder jener Gelehrte für Bücher geschrieben oder
für Entdeckungen gemacht hat, und ähnliches mehr. Kurz,
es lief auch dies wieder auf eine Verherrlichung von Per-
sonen, von „großen Männern“ hinaus.

Der der Geschichtsunterricht, in unseren Schulen
dieser Weise gegeben wird und als sein Ziel immer
immer wieder die Verherrlichung einzelner Personen an-
sieht, das hat seinen Grund zunächst in den Zuständen unserer
Schulen im Allgemeinen. Eine Schule, welche ihren Auf-
gaben voll gerecht werden soll, müßte nur einem einzigen
Zweck dienen: der Verbreitung von Bildung und Aufklärung,
ohne jede Nebenabsicht. Leider ist dies aber bei unseren
heutigen Schulen keineswegs der Fall. Demis wollen sie auch
Bildung und Aufklärung verbreiten, aber das ist nicht ihr
einziger, nicht einmal ihr erster Zweck. Wenn an steht ihnen
vielmehr eine andere Aufgabe, nämlich den Kindern folgen-
gende drei Dinge beizubringen: Patriotismus,
Frömmigkeit und Klassengeist. Wer hätte nicht
schon gehört, daß die Schule die Aufgabe habe, patriotischen
und frommen Sinn zu pflegen, daß sie die Kinder zu „guten
Staatsbürgern“ erziehen soll, die demoralisiert, treu zu Kaiser
und Reich, und zur bestehenden Ordnung stehen sollen?

Man mag nun über die Vorteilhaftigkeit solcher Lehren
denken, wie man will; man mag sie für gut oder für schlecht
halten. Auch darüber, ob die Schule überhaupt den Beruf
habe, solche Lehren, die schließlich doch Parteilehren sind,
zu verbreiten, mag man denken, wie man will. Auf jeden
Fall steht aber fest, daß über dem Eifer und Kraftaufwand,
den die Schule heututage dieser Aufgabe zuwenden muß,
für wichtigeren Zweck, die Verbreitung von Bildung und Auf-
klärung, so sehr in's Hintertreffen gerät, daß häufig gar
nichts daraus wird. Der Geschichtsunterricht wird dadurch
geradezu vertriebt. Infolge jenes Strebens nach Unter-
weisung in Frömmigkeit, Patriotismus und Klassengeist
wird überhaupt kein wahres historisches Wissen mehr ge-
lehrt, sondern Auserlesenes. Es liegt ja auf der Hand, daß
für diesen Zweck die Erzählung von Ereignissen, von
Helden, von persönlichen Klatsch, kurz die Verherrlichung
großer Männer ganz vorzüglich sich eignet. Ob das aber
historisches Wissen ist, werden wir alsbald unten sehen. Was
unseren Kindern in den Geschichtsstunden geboten wird, ist
keine Geschichte, sondern fast ausnahmslos ein Sammel-
surium von frommen und patriotischen Anekdoten, geeignet,
nicht den Kopf zum Nachdenken anzuregen, sondern ihn
gegen jedes Nachdenken zu verstopfen.

Zum Beweise dieser Behauptung braucht man nur das
eine, beste der landläufigen Geschichtsbücher, aus denen
unserer Jugend unterrichtet wird, an irgend einer Stelle auf-
zufassen. Greifen wir auf das Gerathewoh! einige heraus,
und in diesem oben so auf das Gerathewoh! einige Stellen.

Die „Allgemeine Weltgeschichte“ von Georg v. Heber ist
kein eigentliches Schulbuch, sondern zur „Bildenden“ Lektüre
für Erwachsene bestimmt, ein „Familienbuch für Gebildete“.
Es enthält in den Büchern, aus welchen sich vielfach solche
Lehren, die Geschichte muß der Volksschullehrer in allen mög-
lichen Fächern unterrichten, kann also gar nicht als Schulbuch
haben. Was er Lehren muß, für ihren Unterricht vorbereiten.
Kriegen wir an einigen Beispielen, von welcher Sorte die
„Bildung“ ist, die da dem Volke verabreicht wird, und wästel

halb die hiesige Produktion dem Bedarfe annähernd entsprechen wird, werden wir wieder im Weltmarkt erscheinen und unseren Anteil an demselben fördern. Der deutsche Westen braucht also eine möglichst beschleunigte Vermehrung des Inlandsbedarfes, um den Ausfall im Export auszugleichen. Manche Hoffnung hat sich hier auch erfüllt; aber von der alten Zuckerschleife, die wir aus dem Ende der neunziger Jahre kennen, ist unter solchen widersprüchlichen Umständen naturgemäß noch nichts zu hören.

Unter dem Druck der letzten Jahre haben auch die Bestrebungen gelitten, im Osten Preußens und Deutschlands junge Industrieansätze einbürgern und großziehen zu wollen. Für die deutsche Arbeiterklasse sind diese Bemühungen nicht ohne Interesse, weil jede gewerkschaftliche und politische Erfassung des Ostens durch das Fehlen gewerblicher Zentren überaus erschwert ist. Nach dem erschienenen dritten Jahresbericht des Verbandes ostpreussischer Industrieller scheint das Kapital jedoch kaum in diesen Gebieten vorwärts zu kommen. Der Osten mit seinem agrarischen Zuschnitt, mit dem feindlichen Jodswall nach Russland und Oesterreich-Ungarn hin, hat kaum irgendwelches kaufkräftige Absatzgebiet als Hinterland hinter sich. Eine Stütze, wenigstens des Klein- und Mittelgewerbes, könnte zunächst die Kunststadt der zahlreichen Beamtenstädte mit ihren Anhängeln sein; aber die preussische Gemanufakturpolitik besetzt mit Vorliebe Räume aus dem Westen hierher, die — nach dem erwähnten Jahresbericht — ihre früheren Beziehungen zur westlichen Industrie aufrechtzuerhalten streben, woraus der weitere Nachteil erwächst, daß die reichliche Einwirkung auf die einheimischen Handwerker entfällt, die in anderen Fällen von den Beamten ausgetrieben wird und besonders begünstigt werden sollte. Doch die gewerbliche Kapital wollte den Osten aufsuchen, weil es dort einen reichhaltigen Vorrath von billigen Arbeitskräften mitterte. Doch die alte Erfahrung bestätigt sich auch hier: die ausgebildeten Arbeitskräfte strömen gerade in den leistungsfähigsten Jahren nach der Mitte und dem Westen Deutschlands ab. Endlich gehen die großen-Staatsbestellungen fast ausschließlich nach den altbekannten und von jeher bevorzugten Bezirken weiter. Klagt doch selbst das auch anders gefühlte Schlesien über Zurücksetzung seitens des Staates, vor allem seitens der Eisenbahnenverwaltung. So ist die agrarische Struktur des Ostens schwer zu durchbrechen.

Selbst die überaus leistungsfähigen Olfektorven müssen mitunter dem Zuge nach dem Westen ihr Opfer bringen. So geht der Steinerer Vulkan seit Langem mit dem Bekannten um, an der Nordsee eine Zweigfabrikation zu errichten. Ein großer Teil der Aktionäre widerspricht dem Projekt, weil er fürchtet, daß für die alten umfassenden Anlagen, die Millionen gekostet haben, die Arbeit fehlen werde. Die Verwaltung bezeichnet jedoch die Verfassung an der Nordsee als unbedingt erforderlich. Auf der letzten Generalversammlung führte sie aus: Der letzte große Schmelzdamper wäre auf ein Saar nicht aus dem Hafen heraus gekommen, und welche Unannehmlichkeiten erwachsen wären, wenn das Schiff mehrere Wochen hätte liegen müssen, könne man sich wohl denken. Was für eine Situation wäre es zum Beispiel, so betonte Herr Stahl weiter, wenn das Linien Schiff „Medenburg“ nicht rechtzeitig herausgebracht werden könnte! Die Marine verlange es, wenn sie es bestellt habe, kümmerle sich aber nicht darum, wie es von der Werft gebracht werde. Der Vulkan befände keine großen Schiffe mehr in Auftrag, auch von der Marine nicht, wenn nicht Nemechur geschaffen würde. Die größten Bauten würden der Gesellschaft ausschließlich von anderen Unternehmern weggeschraubt werden, und das könne die Verwaltung doch nicht zugeben.

Die bisherigen Mitteilungen über die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpaktens gewähren noch keinen klaren Einblick in den Vertragsentwurf, den der Ausschuss ausgearbeitet hat. Einmal soll der Weltlauf zu höherer Wirtschaftssäffern eingeleitet werden, da hieran die ganze Absatz- und Produktionsregelung schwer leidet — ganz abgesehen von den ewigen Streitigkeiten und Verstimmungen, die jeden Zusammenschluß lockern und am Ende sprengen müssen. Weiter scheint man die Kampfmittel gegen die Aufseher stärker ausbilden zu wollen: zur Unterbreitung und Bekämpfung der außenstehenden Zeden sollen die Vertragsbestimmungen ganz oder zum Teil zeitweise aufgehoben werden können.

Das Kalifundikat hat sich in den letzten Berliner Sitzungen — unter Führung des preussischen Bergfiskus, des

größten Kalkwerkbefizers — gleichfalls mit dem Wettbewerb der außenstehenden Unternehmungen und mit dem Einbringen des amerikanischen Kapitals in die deutsche Kalk-Industrie beschäftigt.

Der Spiritusstreik hat sich durch die Gewinnung der Hauptinteressenten des Berliner Spiritusgeschäfts wesentlich gelöst, nachdem er schon durch die letztjährige Einschränkung der Spirituszeugung, unterstützt durch das starke Fallen der Kartoffeln und den so entstandenen Mangel an Rohmaterial, die Preise hochgehalten verstand.

Der Zentralverein der deutschen Lederindustrie plant eine Verkaufskonvention für fertige Erzeugnisse und ein Einkaufs-syndikat für rohe Häute und Felle.

Dagegen scheint die einst so monopolistisch herrschende Standard Oil Gesellschaft (der amerikanischen Petroleumtrüff) den Wandel aller irdischen Herrlichkeiten spüren zu sollen. Immer wieder steht der Truf von einem Mangel an Öl, und wenn er diesen auch durch Neuerwerbungen von Feldern und Neubohrungen stets zu beseitigen sucht, so hat sich doch die fremde Konkurrenz unterdeß gewöhnlich stärker eingemischt. In Oslasien hat Amerika starke Mißerfolge, gerade in dem wichtigen Japan, erfahren, während der russische und der holländisch-koloniale Wettbewerb sich verbinden und gemeinsam rasch vordringen. In Mitteleuropa tritt zur russischen die österröichische und rumänische Konkurrenz, die man zwar auszutaufen und anzugleichen sucht, der jedoch nach jedem Schlag neue Häupter zumachen: Dazu kommt, daß die Handelspolitik (z. B. in Deutschland) gestiffenlich die nicht-amerikanische Konkurrenz zu begünstigen sucht — vor allem auch durch Entziehung von eisenbahn-fiskalischen Konzessionen für Amerika, durch Gewährung von Terrains für Russland und Oesterreich, durch Frachtarifmaximierungen und Preisfälligkeiten. Englische, deutsche Kapital hat sich in immer stärkerer Maße auf die russische, galizische und rumänische Produktion geworfen, so daß starke Absatzverschiebungen auf dem Weltmarkt wahrscheinlich kommen werden.

C h e m n i t z , den 18. Mai. M a g S c h i p p e l .

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Unsere diesjährige Lohnbewegung.

Vorbemerkungen. Der bekannte Sozialpolitiker Dr. F a t t n o w glaubt kürzlich eine ganz ungewöhnliche Steigerung der Streikfälle konstatieren zu müssen („Der Arbeitersmarkt“ Nr. 16), obwohl die Zunahme von März auf April nur 13 (79 gegen 66) betrug. Im Jahre 1902 betrug im Monat April die Zahl der durch die Tagesblätter gemeldeten Streiks allerdings nur 36 und im vorhergehenden Jahre 59, dagegen aber im Jahre 1900: 84. Nach Fattnow's Wahrnehmungen hat das Baugewerbe eine besonders starke Steigerung der Streikfälle aufzuweisen, die er durch folgende Tabelle zu bekräftigen vermeint:

Streiks im Baugew.:	1898	1899	1900	1901	1902	1903
im März	14	9	27	10	3	19
im April	35	38	30	11	20	34
April gegen März: + 21 + 29 + 3 + 1 + 17 + 15						

Wir vermögen nicht einzusehen, daß die hier mitgetheilten Zahlen Anlaß zu einem besonderen Fallo geben könnten; jedenfalls ist eine weitere Bemerkung Fattnow's: die diesjährige Zunahme im Baugewerbe made den Eindruck, als ob die Streikbewegung sich „fesselloß“ ausgedehnt hätte, ganz beplaciert. Mit Recht bemerkte zu derselben Zeit die „Frankf. Ztg.“, die trotz ihrer politischen Demotranie doch auch in erster Linie kapitalistische Interessen vertritt, größere Streiks gebe es zur Zeit in Deutschland nicht, wohl aber eine Anzahl umfangreicher Aussperrungen. Diese Ausführungen haben dann der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“, in dem die Streikräde einiger Arbeitgeberverbände ihre Hirngespinnke oblagern, Anlaß zu folgender offentundig unmaßhären Entgegnung gegeben:

Man ist in der That in Verlegenheit um einen Ausdruck der dieses thörichte Gefühl genügend charakterisiert. Die „Frankf. Ztg.“ erklärt also, im „Arbeitersmarkt“ stände zu lesen, daß die Zahl der Streiks im April d. J. viel höher sei, als im Vorjahr, nämlich 79 gegen 36, unterläßt es aber

hinguzufügen, daß diese Bezifferung sich einzig und allein auf die Streiks im Baugewerbe bezieht, so daß der Leser, der den „Arbeitersmarkt“ nicht selbst zur Hand hat, in den Wahn versetzt wird, es werde überhaupt in Deutschland nur an 79 Stellen gestreikt. Und mit Hilfe dieser plumpen Verdröhung des Thatbestandes sucht das Blatt alsdann darzutun, daß es berechtigt sei, die Ausführungen des „Arbeitersmarktes“ über die bedeutliche Zunahme der Streiks zu corrigieren, indem es zugleich — man höre und staune! — in seinen Lesern den Glauben erwecken möchte, als sei die Zunahme der Streikbewegung an sich garnicht in Vergleich zu stellen mit dem Umfang der durch die Unternehmer in's Werk gesetzten Aussperrungen.“

Mit der Meise des Wiedererwähntes fällt also die „Arbeitsgeber-Zeitung“ die Zahlen des „Arbeitersmarkt“ und in einem Mißvergnüge zelt sie die richtig zittrende „Frankfurter Ztg.“ der „plumpen Verdröhung“. Die Redaktion der „Arbeitsgeber-Zeitung“ scheint sicher zu sein, daß keiner ihrer Unternehmungs-Leser den „Arbeitersmarkt“ selbst zur Hand hat“ sie hätte sich aber doch sagen können, daß andere Leute gezeugen sind, die Erzeugnisse der Unternehmungs-Prese einer kritischen Beobachtung zu unterziehen und Fälligungen und Verdröhgungen gebührend niedriger zu hängen.

Es ist also nicht wahr, daß die vom „Arbeitersmarkt“ ermittelten 79 Streiks im Monat April d. J. einzig und allein auf das Baugewerbe entfallen, sondern die auf dies Gewerbe sich beziehenden Zahlen sind in der oben mitgetheilten Tabelle wiedergegeben und bleibt die im April ermittelte Zahl 34 weit hinter 79 zurück.

Damit wollen wir nicht gesagt haben, daß die Zahlen im Fattnow'schen „Arbeitersmarkt“ richtig sind. Nach den beim Vorstand des Maurerverbandes eingegangenen Mitteilungen waren die Mitglieder dieses Verbandes im Monat April in 21 Orten im allgemeinen Streik, von denen 7 schon im März oder früher begonnen waren. Hinzu kommen noch Berren in 14 Orten, von denen die meisten schon im März bestanden, und Aussperrungen in 7 Orten. Da außer den Maurern doch auch die Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Stukkateure, Maler u. Streiks zu bezwecken halten, stimmt also die Rechnung im „Arbeitersmarkt“ nicht; immerhin bleibt das Pilot der „Arbeitsgeber-Ztg.“ eine Fälligung. Und auch die von dieser Zeitung geführte Statistik beruht auf rein unklarer Zahlen. Die „Arbeitsgeber-Ztg.“ hatte nämlich mittelst einer mit Drucker-schwärze fein händerlich bestickten Tabelle den Maurern allein in der ersten Hälfte des April nicht weniger als 68 Streiks inkl. Sperrungen angeführt; die letzteren sollten sich auf 43 belaufen. In der ersten Hälfte des Monats Mai läßt die „Arbeitsgeber-Ztg.“ die Maurer sogar mit 77 Streiks auf-marchieren; nicht weniger als 37 allgemeine Streiks werden uns zugeschieben. Sogar Bremen ist figurirt in dieser Aufstellung (soll als Streikort!) Zusammengefaßt waren diese Tabellen von E. Thielkow, Sekretär des Verbandes der Eisenindustriellen Hamburgs.

Was es mit der „Fessellofigkeit“ der Streikbewegung im Baugewerbe auf sich hat, eriecht man bald aus der Gegenüberstellung nachstehender Zahlen: Bis Mitte Mai waren beim Vorstand des Zentralverbandes der Maurer aus 180 Zweig-bereichen ein Lohnbewegungen bzw. Angriff und Abwehrstreiks angemeldet und bis zu demselben Zeitpunkt waren 22 allgemeine Angriffstreiks, 9 Aussperrungen bzw. Abwehrstreiks und 17 Berren einzelner Baugewerke resp. im Gange. Die Zahl 180 mag auf den ersten Blick erschreckend hoch erscheinen; es ist aber nur eine natürliche Folge der überaus niedrigen Löhne und langen Arbeitszeit im Baugewerbe, daß so viele Lohnbewegungen angemeldet werden müssen. In jeht vielen Orten, wo unsere Kollegen eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen erstreben, beträgt die Arbeitszeit noch elf Stunden und sogar darüber, die Stundenlöhne stehen zum Teil weit unter 30 A. Aber auch in den vielen Orten, wo bei zehnstündiger Arbeitszeit Stundenlöhne von 30 bis 40 A. gezahlt werden, haben die Maurer ganz entschieden ein Anrecht darauf, daß zunächst der Lohn ganz bedeutend erhöht wird, und ein nicht minderes Recht haben die heute schon etwas besser entlohnerten Maurer, nach weiteren Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu streben. Und wenn in allen 180 angemeldeten Orten im Laufe dieses Sommers noch gestreikt würde, so wäre dies keineswegs „fesselloß“, „unbillig“, „fribol“, „unbotmäßig“ — und wie sonst noch alle die schönen Bezeich-nungen heißen mögen.

Leider ist die Organisation noch nicht stark genug — oder besser gesagt: wir haben noch zu stark unter dem Juge aus-ländischer Streikbrecher zu leiden — um für die Durchführung der nur zu berechtigten Wünsche der Kollegen überall in den Kampf einzutreten zu können. Die Orte, für die die Streik-genehmigung erteilt werden kann, müssen darum auch sehr sorgfältig ausgewählt werden. Erprobie Standhaftigkeit der Kollegen, Stärke der Organisation, gute Baulichkeit am Orte und in der näheren und weiteren Umgegend, sind die ersten Vorbedingungen zum Kampfe. Und auch wenn diese Vorbedingungen alle gegeben sind, kann die Zahl der Streikorte und der jeweilig Streikenden nur eine beschränkte sein, damit bei abtreibenden Streikenden nicht allzubald Orte behufs Auf-studens anderer Arbeit gesperrt werden. Also nicht weil die Notwendigkeit des Kampfes nicht vorläge, sondern weil eine besonnene Kritik es gebietet, deshalb haben wir relativ wenig Streiks im Baugewerbe.

In einer Anzahl von Orten haben auch, wie in früheren Jahren, die Unternehmerr in im letzten Augenblick nicht zum Kampf kommen lassen, und zwar sind es 49 Orte, aus denen berichtet wird über eine wenn auch nur geringe Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne Streik. Diese verhältnismäßig große Zahl legt aber kein Zeugnis ab für großes Entgegenkommen der Unternehmerr, sondern vielmehr von der Zurückhaltung und Bescheidenheit unserer Kollegen; denn in den meisten Fällen handelt es sich um Lohnherabsetzungen von 1-2 A. pro Stunde, bei Stundenlöhnen, die sich um 30 und 35 A. bewegen; und diese Zugeständnisse konnten vielfach auch erst erzielt werden, nachdem die Maurer ziemlich energisch zum Streik gerufen hatten.

Von den in diesem Jahre begonnenen allgemeinen Angriffstreiks waren bis Ende Mai: 26 beendet, davon 20 mit vollem oder theilweisem Erfolg; ebenfalls konnten in zehn Orten Aussperrungen, die fast alle behufs Abwehr von geplanten Verdröhgungen der Arbeitsbedingungen verhängt wurden, zu Gunsten der Streikenden beendet werden. — Unentschieden sind zur Zeit

wir dazu weit entlegene Zeiten, bei denen man annehmen kann, daß die persönlichen Leidenschaften, Wünsche und Vereinnachtungen des Verfassers die Darstellung zu wenig beeinflusst haben, wie ihm das überhaupt möglich ist.

Band II, Seite 215, handelt von den Kolonien, welche die alten Griechen in Italien anlegten (700-800 Jahre vor unserer Zeitrechnung), da heißt es:

„Die Städte an der Küste Italiens bedachten lange ein glückliches Dasein, ehe Stillst und Entartung ihre innere Kraft brach und Meid und Bürgerkrieg die friedliche Zusammenleben störte. Ueberall wurde der Maß (d. h. die Regierung) aus den höchsten Interessen gewählt; das Vorrecht der Geburt erlag dem Vorrecht des Vermögens. Doch gehörte, da das Grundeigentum den Maßstab der Schätzung bildete, die Mehrzahl der Maßsetzer den ererbten Geschlechtern an.“

Also glücklich ist ein Gemeinwesen, so lange die Reichen das Regiment führen; und über-daran rüthel, der thut es aus Meid, Wohlthun, Entartung und wie alle die schönen Redensarten heißen, mit denen heute noch das Streben der bedachtigsten Klassen nach Gleichberechtigung beschimpft wird.

Seite 217 desselben Bandes bringt folgende löstliche Stelle:

„Die Demokraten, die in der Schlacht mitgefodeten, verlangten Vertheilung der feindlichen Feld-märkte (die sie mit ihrem Wute erobert hatten) und eine Umwandlung der Verfassung im demokratischen Sinne. Als diese Forderung zurückgewiesen ward, entstand ein Volksaufstand. Dies war der Anfang innerer Erschlitterungen, welche die Stadt der Griechenstädte in Unter-Italien brachen, sie einer zukünftigen Demokratie und dann einer tyrannischen Gewaltherrschaft zuführten, und eine stitliche Ent-artung begründeten, durch welche die alte Kraft und Stärke dahinschwand. Erst als durch Word, Raub und freche Bgellofigkeit alle Bande der Ordnung sich zu lösen drohen usw.“

Wörtlich und buchstabengetreu genommen, sind hier ja nur angelegliche Thatigkeiten berichtet (die übrigens falsch sind). Aber dem haralosen Leser, der nicht jeden Satz einzeln unter die Lupe nimmt, wird ganz unmerklich die Meinung eingebläht, daß die demokratische Forderung noch so niedrigerweise alle diese schlimmen Folgen bis auf Mord, Raub und freche Bgellofigkeit haben mußte. Es werden ihm von vornherein alle künftigen demokratischen Forderungen verdröht gemacht.

Einfach prächtig ist noch folgende Stelle auf Seite 222: „Wie hätten die geringen Leute, die als Hirtin, Bauern und Tagelöhner über das Land zerstreut und in Abhängigkeit von den Herren leben, ihren die Gerechtigkeit freitig machen sollen? Der Gutsherr über mit der patriarchalischen Gewalt auch eine väterliche Fürsorge über die gutsherrigen Familien; das Gefinde war durch Bande der Pietät an den Herrenhof geknüpft. Die einfachen, natürlichen Zustände setzten Rechte und Pflichten, Dienst und Lohn in das richtige Verhältnis, kein Stand konnte des anderen entbehren, und bei der Vernünftigkeit des Lebens war für Meid, Ehrgeiz und Leidenschaften wenig Raum.“

Mit üppiger Phantasie werden hier Zustände aus dem 7. Jahrhundert vor Christus geschildert, von denen uns die Quellen nichts melden. Was der Verfasser als idealen Zustand auf den ostelischen Gütern des 19. Jahrhunderts ansieht, das stellt er in jener fernsten Zeit als wirklich vorhanden hin. Wuß er doch die Läden, welche die historischen Quellen leider lassen, auf irgend eine Weise ausfüllen! Und wie könnte er sie anders ausfüllen, als mit den Gedanken und Wünschen eines modernen Menschen aus dem 19. Jahrhundert? Wer aber dann solche Zustände in moderner Zeit ändern will, dem wird folgende Antwort: „Du willst an Dingen rütheln, die schon vor Jahrtausenden bestanden haben, und deren Beseitigung fürdäurens Unheil nach sich zog. Sieh' nur im Weber nach, da steht's gedruckt.“

der Mauer- und Eisenstraße. Aber auch am Eingange der Schäferstraße und deren Nebenstraßen, die sämtlich gesperrt waren, hatte sich ein zahlreiches Publikum angesammelt. Die Schächter-Str. lag die Massen in der Neustadt auf 5000 bis 6000 Mann und in der Friedrichstadt auf 3000. Außerdem ging in den anliegenden Straßen eine zahlreiche Menschenmenge auf und ab, und die Fenster und Türen der Häuser waren sämtlich dicht besetzt. Sämtliche die völlig unübliche Absperrung nicht vorgenommen, hätten sich vielleicht einige Hundert Personen eine Zeit lang vor den Wäulen, wo die Ausländer untergebracht waren, aufgehalten, sonst wäre sicher nichts passiert; so aber wurden gänzlich Unbelästigungen aufmerklos und schließlich eine Ansammlung hervorgerufen, die in der Neustadt in erregtes Treiben ausartete.

Die Polizei beschränkte sich anfangs darauf, die Massen zum Weitergehen zu bewegen und den Straßengesperr zu ermöglichen, später nahm sie auch zahlreiche Verhaftungen vor. Dabei entwickelten einzelne Polizisten einen besonderen Eifer und nahmen vielfach auch Personen fest, die gänzlich gefahrlos, sondern nur einen Augenblick beobachtet verhaftet hatten. Der gelbe Wagen fuhr fortgesetzt ab und zu; er kam leer auf der Polizeiwachen an und ging gefüllt wieder ab. Dennoch hatte die Ansammlung einen ziemlich harmlosen Anstrich. Die Menge besprach zwar erregt die Vorfälle und es wurden besonders viel fromme Wünsche für den Arbeiter und Hausbesitzer ausgesprochen, aber die Forderungen und Klagen in die leere Höhe schickte auf der Vorwerkstraße gelegenen Hofes aufgenommen hatte, auch die Baumeister bildeten den Gegenstand lebhafter Gespräche, aber ernste Schritte haben nicht stattgefunden. In Friedrichstadt verringerte sich gegen 11 Uhr die Masse und dieselbe löste sich vollständig, als die Sperre auf einen kleinen Raum beschränkt wurde. Inzwischen in der Neustadt. Hier fanden die Menschen in dichten Massen. Arbeiter, Frauen, Leute aus dem Bürgertum, junge Leute aus der besseren Gesellschaft besprachen die eigenartige Ursache der Ansammlung und erregten sich dabei wohl auch über die Maßnahmen der Behörden und der Polizei. Man hörte hierherbei Ausdrücke gegen die Importirten und Deutscher, die sie herbeigeheißelt, über die schändlichen Zustände im Allgemeinen usw. Es wurde auch geäußert und bei allen möglichen Anlässen noch gerufen, dergleichen kamen auch Verhärde vor, Arbeiterlieder anzustimmen. Doch waren ernste Konflikte, da sich die Polizei im Allgemeinen passiv verhielt, auch hier zunächst nicht zu beobachten. Nur auf der Königlicher Straße, wo ein Detachement Berliner mit ziemlichem Eifer die Straßen in voller Breite frei zu halten suchte, machte sich eine gereizte Stimmung bemerkbar, die in Ausruhen gegen die berittenen Gendarmen zum Ausdruck kam. Nachts gegen 11 Uhr schien die Polizei die Orde zu härteren Vorgehen erhalten zu haben. Sie machte plötzlich Versuche, die Massen zu vertreiben. Hier geschah auch wieder die Verletzung eines kleinen Eifer. Als sich die Massen nicht sofort zerstreuten, vielmehr Protestkundgebungen aus der Menge kamen und auch einige Steine flogen, zog eine kleine Gruppe, suchten mit dem Säbel in die Menge hinein und schlugen auch vereinzelt mit der flachen Klinge zu. Dadurch wurden die Massen noch erregter; man schrie, tobte, pfliff und es kamen einzelne Steine nach den Laternen geschossen, das Söbutter Zuchtshausklee erlöste aus der Menge. In diesem Zustande kamen drei grüne Wagen an und die Gendarmen füllten sie, indem sie einfach den ersten Besten aus der Masse herausgriffen und hineinsetzten. Inzwischen war es den Polizisten auf den übrigen Straßen gelungen, die Massen die Straßen entlang zu drängen und zum Auseinandergehen zu bewegen, und auch auf der Königlicher Straße, wo die Massen am dichtesten standen, verminderten sie sich ebenfalls, bis schließlich nur einzelne Gruppen übrig blieben. Nach 12 Uhr war die Gegend zwar noch belästigt, aber die angesammelten Menschenmassen hatten sich zerstreut. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen patrouillierte die Straßen auf und ab.

Die Zahl der Verhafteten scheint beträchtlich zu sein. Vom Dienstag meldet der Polizeibericht 82 Verhaftungen. Am Mittwoch sind sicher weit mehr Festnahmen vorgenommen. Sicher ist, daß die Verhafteten, mit wenig Ausnahmen, Leute sind, die nicht gethan als dagesahen oder nicht sofort eingesehen haben, daß die Polizei das Recht habe, ihnen den Weg zu verberren. Sicher ist ferner, daß die Vorgehens ohne die unüblichen Absperrungsmaßnahmen viel harmloser verlaufen wären.

In den offiziellen Polizeiberichten und in den polizeilich und unternehmerrn Zeitungen wird, wie üblich, vom Bauhandwerkerstreik gesprochen und es wird darauf hingewiesen, als sei der Streik Schuld an den Ausfällen; ja, daß der Streikenden wird sogar nachgelobt, sie hätten Arbeitswilligkeit bedroht und belästigt und sie wären eigentlich die Verursacher der Straßensperren. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Zunächst handelt es sich überhaupt nicht um Streikende. Die Dresdener Maurer sind in Wirklichkeit arbeitswillig im besten Sinne des Wortes und nur die patriotischen Unternehmer haben die Mauer an der Ausübung ihrer gewöhnlichen Tätigkeit verhindert. Die Unternehmer sind auch die Urheber der Ausfälle. Bei den Ausgeperrten ist einstimmig die Meinung vorhanden, daß ihnen die Verhaftungen und die daraus resultierenden Rabau nur geschadet haben. Im Weiteren ist es auch durchaus unwahr, daß die Ausgeperrten die Menschen bedroht hätten; nur ausgeführt worden sind die feindlichen Arbeiter, weil sie von dem Agenten unter Verdrängung des wahren Sachverhalts nach Dresden gelockt worden waren. Die Ausgeperrten hatten auch verhältnismäßig leichtes Spiel bei den Menschen und bedurften terroristischer Mittel um so weniger, weil die große Mehrzahl der Menschen keineswegs in der Absicht nach Dresden gekommen waren, den feindlichen Kollegen in den Rücken zu fallen. Es ist einfach zu konstatieren, daß der Kampf seitens der Ausgeperrten mit mutschaffender Stube und Disziplin geführt worden ist. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit.

Ende der Ausperrung. Am Donnerstag, Nachmittags 4 Uhr, wurden auf Veranlassung des hiesigen Vertreters der organisierten Bauarbeiter und der Unternehmerorganisation zur Einleitung einer Einigung auf das Rathaus geladen. Oberbürgermeister Beutler führte den Vorsitz. Der-Überbürgermeister konstatierte zunächst, daß die Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen anwesend seien. Von den Vertretern der Maurer und Zimmerer wurde zunächst die Absperrung der Arbeiterarbeit gefordert. Es wurde jedoch, da sich die Vertreter der Unternehmer strikte ablehnend verhielten, keine Einigung erzielt. Die Frage bleibt offen. Es wurde dann an die Regelung der Löhne gegangen. Die Unternehmer boten zunächst

45-46 $\frac{1}{2}$, dann 44-46 $\frac{1}{2}$ und schließlich einen Mindestlohn von 45-46 $\frac{1}{2}$ für Maurer und Zimmerer, von 88-86 $\frac{1}{2}$ für Bauarbeiter, der denn auch akzeptiert wurde. Im nächsten Jahre sollen es bis 49 $\frac{1}{2}$ für Zimmerer und Maurer und 87 bis 89 $\frac{1}{2}$ für Bauarbeiter gezahlt werden. (Die Forderung der Maurer und Zimmerer hatte 45 bis 48 $\frac{1}{2}$ betragen). Doch wurde ausdrücklich festgelegt, daß dieser vereinbarte Lohn für das ganze Stabgebiet Dresdens infolge der Vorfälle gelten solle, daß auch den Bauarbeitern unbenommen bleiben müßte, bei besonders großer Arbeitsleistung einen höheren Lohn verlangen zu dürfen. Innerhalb 14 Tage müssen sämtliche ausländischen Streikbrecher entlassen werden. Die Ausgeperrten nehmen am dritten Feiertage die Arbeit wieder auf. Maßregelungen sind nicht stattdessen. Es wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus neun Unternehmern, sechs Vertretern der organisierten Bauarbeiter und drei Mitgliedern des Gesellenausschusses.

Die an demselben Abend stattgefundenen Versammlungen der Arbeiter und der Unternehmer haben den Vereinbarungen zugestimmt. Die Unternehmer haben sich noch bereit erklärt, so viel wie möglich die feindlichen Arbeiter abzuschieben.

Mainz.

Am Sonnabend, den 23. Mai, ist auch die Ausperrung der Zimmerer erfolgt. Zwischen den Vertretern der ausgeperrten Maurer und den Bauunternehmern fanden am demselben Tage unter dem Vorhabe des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Gabner Verhandlungen statt, welche aber ergebnislos verließen. Der Vorsitzende der Bauunternehmer, Hauswald, legte die Bedingungen dar, unter denen die Unternehmer die Ausperrung aufheben würden. Von Lohnverhöhung könne keine Rede sein, im Gegenteil solle der Arbeiter im hundertfachen für die Zukunft 45 $\frac{1}{2}$ betragen, es solle dem Unternehmer gestattet sein, auch weniger zu bezahlen. Ferner soll auf allen größeren Bauten und solchen Bauten, welche auf dem Submissionswege vergeben werden, die Arbeiterarbeit eingeführt werden. Außerdem solle die Vergütung für die Stunde, welche an Vorabenden der hohen Feiertage früher Feierabend gemacht wurde, in Wegfall kommen. Herr Hauswald drohte alsdann den Maurern, wenn sie diese Bedingungen nicht akzeptierten, so würden demnächst über 200 italienische Maurer kommen. Eine am Sonnabend stattgehabte Maurerverammlung wies die Bedingungen der Bauunternehmer einstimmig zurück und beschloß im Kampfe auszuhalten. Da schon ein großer Teil der Maurer an anderen Orten Arbeit gefunden hat, so fällt es den Ausgeperrten nicht schwer, den Kampf mit Erfolg zu führen. Mit den italienischen Maurern hoffen unsere Kollegen einig zu werden, wenn es den Unternehmern überhaupt gelingen sollte, italienische Maurer zum Streikbruch zu bringen.

Durch die bürgerliche Presse ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach zwischen den Mainzer Bauunternehmern und dem italienischen Agenten Caselli in Berlin folgender Vertrag betreffs Lieferung von italienischen Streikbrechern abgeschlossen sei und infolgedessen unter den ausgeperrten Maurern große Erbitterung herrscht.

Mainz, den 24. Mai 1908.

Seute, den 24. Mai, wurde in Anwesenheit der Herren Hauswald, Meres, Schreyer, Groh, Jehrlaut, Stedel und Krebs mit Herrn Stoiloff repr. Caselli unter folgenden Bedingungen die Stellung von italienischen Maurern vereinbart: Herrn Stoiloff-Caselli beanspruchen nur für sich Reisepensen, welche sich auf M. 150-200 belaufen können, nicht aber für die zu stellenden Arbeiter. Der Stundenlohn für einen guten Arbeiter beträgt 45 $\frac{1}{2}$, geringere Arbeitskräfte werden geringer bezahlt eben, entlassen und berücksichtigt sich die Herren Stoiloff-Caselli-Vertrag für diese zu leisten.

Die Arbeitszeit ist auf 11 Stunden festgesetzt. Es wird garantiert, daß sämtliche gestellten Maurer Bruchstein, Backstein- und Mischstein-Mauerwerk machen, ebenso Kaufsteine herstellen können. Stoiloff-Caselli leisten eine Kaution von M. 500 bis 1000 oder genügende Referenzen bei Abschluß des Vertrags, was in Berlin beim Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, Geschäftskanzlei Berlin SW, Köhlerstr. 3, zu geschehen hat. Leute, welche bei Bromberger Firmen arbeiten, bei denen gestreift wird, dürfen nicht gestellt werden.

Vorliegendes wurde vorgelesen und zum Zeichen des Einverständnisses beiderseits unterzeichnet für den Verband der Bauunternehmer und Maurermeister von Mainz und Kastel, gez. Hauswald, Vorst., gez. Stedel, Schriftf., gez. Stoiloff. Die Mainzer Volkszeitung hat nun in Erfahrung gebracht, daß der Vertreter Caselli's, Stoiloff, gar nicht daran denkt, den Vertrag zu halten, sondern im Gegenteil dafür sorgen wird, daß jeder Zug von italienischer Maurer nach Mainz unterbleibt. Erbitterung herrscht darum auch nicht bei den Maurern, sondern die Erbitterung wird wohl auf Seiten der Bauunternehmer herrschen, ob des Scheiterns.

Welcher Art von Wirkung übrigens bei den Herren Bauunternehmern herrscht, mag folgender Vorfalle zeigen: Auf dem Graben werden die Böden der Kadeßschächte zementiert. Diese staatl. Arbeit führt der Bauunternehmer Strohman aus. Da demselben keine Maurer zur Verfügung stehen, so ließ er diese Arbeit durch Tagelöhner ausführen. Eines Morgens trat nun ein ausgeperrter Maurer an einen der dort beschäftigten Tagelöhner, einen Italiener, heran mit einer Frage. Daraufhin führte der Bauunternehmer Strohman auf den Maurer zu und verlangte dessen Namen zu wissen. Selbstverständlich verweigerte der Maurer die Nennung seines Namens. Herr Strohman rief dann einen Schutzmann herbei, welcher den Namen des Maurers ausrief. Zu welchem Zweck, ist uns vorläufig unklar. Nachdem der Schutzmann sich entfernt hatte, schimpfte Herr Strohman noch auf demselben Maurer Dreck und Faulenz. Vielleicht macht das Gericht dem Herrn Strohman demnächst klar, was Dreck und Faulenz sind.

Bau Nürnberg.

Die Unternehmern in Nürnberg ist es bis jetzt noch garnicht gelungen, die Bundesrats-Verordnung einzuführen. Sie erklären, dies nicht eher thun zu wollen, bis ein gerichtliches Urteil ergangen sei. Auf allen Baustellen bestand in der Zeit vom 23. März bis 4. April der Neunstundentag. Von da ab führten die Zimmermeister, und mit ihnen fast alle übrigen Unternehmer, den Neunstundentag wieder ein. Einzelne der Unternehmer, welche mit dem Strafgesetz nicht in Konflikt kommen wollten, besetzten den Neunstundentag bei, wurden jedoch in der letzten Woche von der Zunftverwaltung wiederholt aufgefordert, zehn Stunden arbeiten zu lassen. Diejenigen, welche der Zunftung angehören,

sollten im Verweigerungsfalle auch derselben ausgeschlossen werden. Dieser Druck verfehlte auch seine Wirkung nicht, denn heute besteht gänzlich nur noch auf dem Postenbau der Neunstundentag, aber auch hier nur für die Steinbauer. Die Gerichte, bei welchen die Ueberretungen anhängig gemacht sind, arbeiten in diesem Falle ausfallend langsam, so daß immerhin noch eine geraume Zeit vergehen dürfte, bis in Nürnberg die Maurer und Steinbauer den Neunstundentag bekommen. Eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes ist die notwendige Folge der Verkürzung der Arbeitszeit, und ohne Kampf geht es sicherlich nicht ab. Zur Zeit gehören den ungefähre 1000 in Nürnberg arbeitenden Maurern und Steinbauern 600 dem Verbands an. In Nürnberg ist der Neunstundentag ebenfalls mit Ausnahme von einigen Baustellen bis jetzt nicht durchgeführt. Was von Nürnberg gelangt ist, trifft ebenfalls auf Nürnberg zu. Die Bauplätze in Schwabach und Nürnberg sind beendet. In Schwabach ist es dem Unternehmer gelungen, genügend Streikbrecher zu bekommen, welchen auch die Verkürzung der Arbeitszeit unbedenklich eine halbe Stunde gewährt wird. Von den Streikenden wurde keine mehr angenommen. In Nürnberg dagegen errangen die Kollegen einen vollständigen Sieg. Der Sachverhalt war kurz folgender: Auf der Baustelle von Kaiser & Schild gehörte ein einziger Kollege dem Verband nicht an; derselbe wurde aufgefordert, Mitglied des Verbandes zu werden, was immer bewerkelt wurde. Am 4. Mai kam es wieder zu einer kleinen Differenz, wobei der Inorganisierte erklärte, daß er unter ein solches Gebot überhaupt nicht gehe, und wenn er Meister wäre, würde bei ganze Bande vom Bau gehauen. Darauf forderten die übrigen Kollegen die Entlassung dieses Maurers, was aber bewerkelt wurde; darauf erfolgte die Arbeitseinstellung. Nach 14 Tagen erklärten sich die Unternehmer bereit, den Maurer zu entlassen, sowie auch alle im Hinblick befindlichen wieder in Arbeit zu nehmen. Der eine Unternehmer meinte, der Schaden, den sie gehabt hätten, wäre jetzt groß genug.

Bau Berlin.

In Spremberg hatten sämtliche Kollegen die Kündigung zum dritten Feiertag eingeklagt. Von den Meistern war ein Schreiben bei der Lohnkommission eingelaufen, in dem sie unter Hinweis auf die benachteiligten Städte, in denen die Löhne auch nicht höher seien, erklärten, in diesem Jahre nichts zulegen zu können. Am Donnerstag, den 28. Mai, fand auf Anregung der Lohnkommission eine Sitzung mit den Unternehmern statt, und es kam eine Einigung auf Grund eines Vertrages zu Stande. Bisher wurden die Löhne von 82 bis 86 $\frac{1}{2}$ gezahlt; Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Feuerungs- und Wasserarbeiten bildeten häufig den Zanfabel; Handlöhne wurde nur bei guter Konjunktur und dann auch nur bei einem Unternehmers gezuht. Weiter waren Lohnabzüge während der Wintermonate üblich, und jedes Jahr mußten immer erst Bauplätze verhängt werden, um bloß den Lohn einigermaßen zu halten. Auf Grund dieser Sperren wurde die leitenden Kollegen gemahregelt und mußten ihr Brot auswärts suchen. Durch den abgeschlossenen Vertrag sind diese Mißstände endlich beseitigt. Es wurde vereinbart: Der Stundenlohn beträgt 88 $\frac{1}{2}$. Ueberstunden werden für gewöhnlich nicht mehr gezahlt; für Nacht- und Sonntagsarbeiten, Feuerungs- und Wasserarbeiten, sowie für Ueberstunden in ganz bringenden Fällen werden Zuschläge von 5 bis 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt. Ferner wird jetzt bei allen Unternehmern 8 $\frac{1}{2}$ Banzulage gezahlt. Drei Kollegen, die längere Zeit gemahregelt waren, werden sofort eingestellt; Maßregelungen sollen in Zukunft nicht mehr vorkommen. Die Kündigung ist aufgehoben, bessere Baubanden und Aborte sollen errichtet werden usw. Wenn es auch nicht möglich war, den Lohn in der gewünschten und durchaus notwendigen Höhe festzulegen, so enthält der Vertrag doch eine ganze Reihe Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand, die mehr wertvoll sind, als ein paar Pfennige Lohn-erhöhung, die bei der ersten Gelegenheit bei den Unternehmern wieder gekürzt worden wäre. Der innere Ausbau der Organisation kann jetzt gefördert werden, denn die ewigen Plänkelen über Lohnhöhe und Arbeitszeit fallen fort und den Unternehmern ist es zum Bewußtsein gebracht worden; daß sie mit der Organisation der Maurer wohl oder übel rechnen müssen. Im Ganzen bedeutet der Abschluß des Vertrages einen materiellen Vorteil und einen nicht zu unterschätzenden moralischen Sieg, insbesondere für die Spremberger Kollegen und im Allgemeinen für die noch sehr geklärten Verhältnisse in der Niederlausitz. Die Sperren bei den Unternehmern Begegnung und Müdigkeit in Mageln (Neu-Ruppin) sind nach einer 14wöchigen Dauer hierdurch beendet. Es kam zum Abschluß eines Vertrages. Beheiligte waren 24 Kollegen.

Der Zweigverein Spandau hat über die Geschäfts der Unternehmer M. O. B. Fischer und P. Eitel in Spandau ein Schreiben an den Spandauer Bauverein geschickt, in dem er sich von Spandau und die Unternehmer zahlen einen Stundenlohn von 42 bis 45 $\frac{1}{2}$, während die Spandauer Unternehmer, soweit sie in Landfeld arbeiten hatten, schon seit 1900 einen Stundenlohn von 55 bis 60 $\frac{1}{2}$ gezahlt haben. Alle Bemühungen der Zweigvereinsleitung, mit den gesperrten Unternehmern auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, blieben erfolglos, so daß schließlich nichts Anderes übrig blieb, als mit Sperren gegen dieselben vorzugehen.

Aus Volzenburg wird uns geschrieben: Die sechs Wochen, für welche Zeit die Herren Meister sich verpflichtet haben, nicht zu bemitleiden, sind jetzt abgelaufen. Ob die Herren jetzt be-willigen oder auf's Weitere M. 200 deponieren wollen, muß uns die Zeit lehren. Dieser Tage hat ein Unternehmer aus Hagenow, Herr Puls, Arbeit von hiesigen Meistern in Braßdorf übernommen und schon heute hingewechselt. Ein Hagenower Zimmerer ist aber gleich wieder umgewechselt, weil er sich nicht als Streikbrecher gebrauchen lassen wollte. Ein Maurer aber, der dort den „Hilfsmann“ vorstellt, scheint ein frecher Held zu sein. Von Kollegen aus Meußaus am ersten Tage auf den Streik aufmerksam gemacht, hat er erklärt, er würde doch weiter arbeiten. Als wir Streikenden nun Kenntnis von der Sache erhielten, begaben sich einige Kollegen gleich zur Baustelle, um den dortigen Hagenower zur Arbeit zu bewegen. Darauf lösten aber der Unternehmer schon gewarnt zu haben, denn er ging den ganzen Tag nicht von der Baustelle; auch wurde uns von dem Herrn das Betreten der Baustelle verboten. Den Kollegen aus Meußaus, die in Braßdorf an einem anderen Bau arbeiten, ist es auch von ihrem Meister verboten worden, den Streikdau zu betreten.

In Ruhwinkel-Somborn freuten die Zimmerer. Die Maurer haben beschlossen, den Streikenden die weitgehendste Unterstützung angedeihen zu lassen. Zugun der Maurern ist natürlich fest zu halten.

Die Aussperrung in Warta ist so ziemlich beendet, indem mit zwei weiteren Unternehmen eine Vereinbarung auf 84 1/2 Stundenlohn zu Stande gekommen ist. Es ist nur noch ein Unternehmer vorhanden, der die Forderungen der Gesellen nicht anerkennen und auch keine Verhandlungsbefähigten will; über dessen Geschäft soll die Sperrung verhängt werden.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Am 24. Mai hielt der Zweigverein Böhmer seine erste Mitgliederversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Zunächst hielt Kollege Schwarz einen circa 15minütigen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Seine Ausführungen hatten die Wirkung, daß sich 80 Kollegen zur Aufnahme anmeldeten, dadurch ist die Mitgliederzahl des Zweigvereins auf 80 gestiegen. Sodann gab Kollege Schwarz noch eine Aufklärung über die verschiedenartigen Verbandseinrichtungen und der Vorsitzende, Kollege Wilmowski, ersuchte die Kollegen, nun auch treu und fest zu der neugegründeten Organisation zu halten. Mit einem dreifachen God auf den Verband wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Brenzlau hielt am 20. Mai seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider waren von 130 Mitgliedern nur 22 erschienen, die übrigen gingen ihrem Schicksal nach. Es ist wirklich empörend, mit welcher Gleichgültigkeit die Kollegen die Interessen der Organisation außer Acht lassen. Sie bezahnen zwar ihre Beiträge, aber für alle übrigen Verbandsanangelegenheiten haben sie keinen Sinn, die zu erledigen überlassen sie dem Vorstande. Das wird so lange gehen, bis es den Unternehmern wieder einmal einfällt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, denn das dienen die Schlafmützigkeit der Brenzlauer Kollegen in Bezug auf ihre Interessensvertretung bekannt ist, unterliegt keinem Zweifel, und daß sie die günstige Situation auszunutzen, um einen Schlag gegen die Gesellen zu führen, dürfte ebenfalls feststehen. Wenn die Kollegen dann in arger Verdrängung sind, werden sie sich vielleicht daran erinnern, daß es noch eine Organisation giebt, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, ihre Interessen zu vertreten. Wenn es dann nur nicht zu spät sein wird, die Kollegen vor Schaden zu bewahren. Wenn je das Wort eines Strategen, wer den Frieden will, muß zum Kriege gerufen sein, zutreffend gewesen ist, dann erst recht auf die Arbeiterorganisation. Wer sich nicht an der Verbandsfähigkeit beteiligst, schwächt die Organisation und stärkt den Gegner und hilft dadurch seine eigene Niederlage vorbereiten. Wer hieran keinen Anteil haben will, der muß dafür sorgen, daß künftig die Mehrzahl der Verbandsmitglieder in den Versammlungen antwortend ist. Mit dem bisherigen Schlandrian muß bald und gründlich gebrochen werden.

Aus Sorau i. S. wird uns geschrieben: Nach dem unglücklichen Verlauf des Streiks im Jahre 1899 ging die kaum in's Leben getretene Zahlstelle des Verbandes zu Grunde. Einige Einzelmitglieder hielten aber die Verbindung mit der Organisation aufrecht. Dem unerwarteten Wirten dieser Kollegen ist es zu danken, daß nun wieder die Organisation erstarkt; sie zählt bereits wieder 80 Mitglieder, das sind 40 pzt. der im Lohngebiet beschäftigten Maurer. Am 28. Mai fand eine Versammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Silberbach hielt einen Vortrag über: Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Der Aufmerksamkeit der Besucher nach kann man hoffen, daß die Ausführungen auf fruchtbaren Boden fielen. In den letzten Jahren war die Bauhätigkeit sehr gut, leider konnte sie nicht ausgenutzt werden. Infolge der Organisationslosigkeit konnte selbst eine Lohnreduktion von 30 auf 28 1/2 pro Stunde nicht verhindert werden. Die Arbeitszeit ist eine stündliche. Es wäre zu wünschen, daß recht bald die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden könnten.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Auf dem Neubau Bismarckstraße 18/19, Maurermeister Weulert, verunglückten Montagvormittag, 25. Mai, zwei Maurer, welche mit der Aufführung der Grundmauer beschäftigt waren, dadurch, daß das Gerüst, welches an dieser Stelle garnicht abgestellt war, nachgab und die beiden Maurer unter sich begrub. Nach ca. 10 Minuten gelang es, die Verschütteten zu befreien. Der eine derselben gab noch Lebenszeichen von sich und wurde zu einem benachbarten Arzt geschafft, während der andere, der vollständig bewusstlos war, von einem zufällig hinzugelommenen Arzt nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft wurde.

Breslau. Auf dem Neubau Antonienstraße 6 (früher jüdisches Krankenhaus) wird mittels Fuhrwerks her ausgehauene Boden hinweggeschafft. Die Wagen wurden an die bereits circa fünf Meter tiefe Baugrube herangefahren und dann mit Gerüst gestützt. Am Montag, den 25. Mai, Mittags 2 Uhr, trat nun der bereits oben erwähnten Kollegen beschriebene Unfall ein: ein Wagen stürzte in die Tiefe. Die Leiche traf einen Arbeiter an den Kopf und verletzte ihn so schwer, daß der Unglückliche in kurzer Zeit verstarb. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß das Unglück nicht größer wurde, denn in der Grube waren noch in nächster Nähe 15 Maurer und mehrere Arbeiter beschäftigt. Der seit einigen Tagen bei der Firma beschäftigte Arbeiter Alois Neumann wurde des Unfalls teilhaftig. Sogleich dient es ihm zur Lehre, und er wird sich nicht wieder die Sporen auf Kosten der Arbeiter zu verdienen geben.

Zur Lage des Baugewerbes im nordöstlichen Deutschland im Jahre 1902. Nach einer Aufrechnung im Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe ist die Summe der für die Unfallversicherung anrechnungsfähigen Löhne im Bezirk der nordöstlichen Baugewerks-Verbandsorganisation um M. 18 391 091 gestiegen, von M. 188 598 214 im Jahre 1901 auf M. 181 987 808 im Jahre 1902. In diesem Summen ist der Verdienst der Selbstversicherer mit einbezogen; die auf die Arbeiter entfallenden anrechnungsfähigen Löhne sind von M. 185 585 457 auf M. 148 685 288 gestiegen. Die Steigerung hier in Rechnung gestellten Lohnsumme ist zum allergrößten Teil auf die Zunahme der beschäftigten Arbeiter und in nur ganz wenigen Fällen auf eine Erhöhung der Löhne zurückzuführen. Der Verdienst der Berufsorganisationen betrug M. 172 014 307 Arbeiter (zu je 300 Arbeitstagen) im Jahre 1901, und 183 117 307 Arbeiter im Jahre 1902 zu Grunde gelegt. An der Er-

höhung der Zahl beschäftigten Mitarbeiter und an der Summe der anrechnungsfähigen Löhne sind die Gewerbetreibende, die ihrem ganzen Umfange nach der Versicherungspflicht unterstellt sind, wie folgt an der Steigerung der Löhne beteiligt: die Maurer mit rund M. 6 048 000, Zimmerer M. 1 548 000, Maler M. 1 182 600, Tapezierer M. 1 187 150, Fleischer M. 988 000, Bauleitner M. 825 650, Fensterputzer M. 664 600, Dachbedeker M. 528 800, Stukaturer M. 882 600, Glaser M. 214 400, Stofler M. 141 800, Installationsgeschäfte M. 46 100 und Abbruchgeschäfte M. 21 800. In Berlin und den Vororten sind in den Baugeschäften, Maurereien, Zimmerereien und Stukaturen (Gesamtlöhne Eiffer 5 der Nordöstl. B.-B.) die anrechnungsfähigen Löhne um rund M. 5 671 000 gestiegen. — Durchweg einen Rückgang haben die Brunnenaufarbeiter zu verzeichnen mit M. 116 600 anrechnungsfähigen Löhnen. Der Niedergang dieses Gewerbes dürfte auf die fortschreitende Einführung von Wasserleitungen zurückzuführen sein. Im Steinlegergewerbe ist im ganzen Bezirk der Berufsorganisation eine Steigerung von M. 108 600 zu verzeichnen, trotzdem in Berlin M. 96 000 und in Ostpreußen M. 24 800 weniger an Lohn gezahlt wurde; an der Steigerung war die Provinz Brandenburg mit M. 168 400 und die Provinz Pommern mit M. 70 000 beteiligt. Eine Abnahme zeigen die Steinmetzgewerbe in Höhe von rund M. 278 500, davon entfallen auf Berlin allein M. 263 000. — Die zunehmende Einführung von maschineller Einrichtungen mit elementarem Betrieb kennzeichnet sich durch eine Steigerung der Löhne um M. 183 850.

* Eine fastige Submissionsblüte weiß das Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe aus Barmen (Ostpreußen) seinen Lesern vorzuführen. Bei der Vergebung der Arbeiten und Lieferungen für den Bau einer 5 km langen Gasse betrug die niedrigste Forderung M. 37 000, die höchste aber M. 113 000.

Submissionsbedingungen und Arbeitsordnungen in deutschen Städten.

In dem Aprilheft des Reichs-Arbeitsblatt*) wird mitgeteilt, daß das kaiserliche Statistische Amt 57 größere Städte des Reiches gebeten hat, die daselbst etwa bestehenden allgemeinen und besonderen Dienstvorschriften für die städtischen Arbeiter (Arbeitsordnungen etc.) und grundsätzliche Bestimmungen über Submissionen als städtische Arbeiten und Lieferungen einzusenden. Die eingehenden Berichte sollen als besondere Druckchrift zusammengefaßt werden. Nach der Mitteilung im Reichs-Arbeitsblatt*) hatten bis zur Drucklegung desselben 55 Städte auf das Rundschreiben geantwortet.

Nach den vorläufigen Mitteilungen bestehen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen durch die Stadt (Submissionsbedingungen) grundsätzliche Bestimmungen in 46 von den 55 Städten. In 6 Städten, nämlich in Braunschweig, Dresden, Duisburg, Forstheim, Schöneberg, Solingen, bestehen solche Bestimmungen nicht; Charlottenburg teilt nur mit, daß zur Zeit eine Umarbeitung und Neuaufstellung seiner Bestimmungen vorgenommen werde. Frankfurt a. M., daß Verhandlungen über derartige Vorschriften schweben.

Das Material ist einer vorläufigen Durchsicht daraufliegen worden, in wie vielen der 46 Städte, welche ihre Submissionsbedingungen mitgeteilt haben, diese Bedingungen eine Lohnklausel enthalten, d. h. eine Bestimmung, nach welcher der Unternehmer im gegebenen Fall verpflichtet ist, vertragsmäßig oder einseitig von der Stadtverwaltung festgesetzte oder die orts-(berufs-)üblichen Löhne zu zahlen. Derartige Bestimmungen finden sich in den Vorschriften der Städte Berlin, Bochum, Bremen, Elberfeld, Erfurt, Essen, Gießen, Götting, Halle a. d. S., Hamburg, Leipzig, Ludwigshafen, Mainz, Mannheim, M.-Gl. u. B., Nürnberg, Plauen, Potsdam und Worms. Lediglich eine Prüfung der Tagelohnlisten ist vorgeschrieben in den Bestimmungen der Städte Aachen, Altona, Bielefeld, Breslau, Kassel, Chemnitz, Darmstadt, Düsseldorf, Freiburg, Karlsruhe, Kiel, Mühlhausen i. E., München und Posen.

In den Stettiner Bestimmungen befindet sich die Vorschrift: Tagelohnliste sind im Mai- und Preisverzeichnis für die Arbeitsstunde anzugeben. Eine eigentliche Lohnklausel enthalten die Submissionsbedingungen der Städte Barmen, Geln. Trefeld, Danzig, Fürth, Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Offenbach, Straßburg, Stuttgart und Ulm.

Von den genannten Städten verpflichten Geln., Stuttgart und Ulm die Unternehmer, die ortsüblichen Löhne zu zahlen, falls keine besondere Uebereinkunft getroffen wurde; Barmen, Trefeld, Danzig, Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck und Offenbach verpflichten zur Zahlung nach vertragsmäßig ausbedungenen Lohnsätzen, Magdeburg zur Zahlung nach den von der betreffenden Deputation festgesetzten bzw. vertragsmäßig vereinbarten Lohnsätzen. Fürth und Straßburg zur Zahlung nach dem Magistrat bzw. von der städtischen Lohnkommission festgesetzten Minimallohnätzen.

Wermerswerth sind einige besondere Bestimmungen bezüglich der Lohnzahlung. In Straßburg sind die festgesetzten Minimallohnätze öffentlich auf der Baustelle bzw. in der Werkstatt bekanntzugeben (anzuschlagen); der Stadtverwaltung jederzeit Einsicht in die Lohnlisten und Kontrolle bei Lohnzahlung zu gestatten; besondere Mindestlöhne in Ausnahmefällen sind ersichtlich zu machen; bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sind Konventionalstrafen von M. 10 für den Einzelfall zu zahlen. In Warmen erstirbt die Bestimmung, daß für Sonntags- und Nachtarbeit, falls nicht etwas Besonderes vereinbart wird, der um 50 pzt. erhöhte Tagelohnsatz in Anwendung gebracht wird. In Offenbach steht, falls die Lohnsätze nicht vor der Ausführung der Arbeiten schriftlich ver-

*) Seit April d. J. wird vom Statistischen Amt allmonatlich eine umfangreiche Zeitschrift unter dem Namen Reichs-Arbeitsblatt herausgegeben, in dem Arbeiterstatistik, Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen, Arbeiterschutz, Auswanderbewegung, Wohnungsfragen, Tätigkeit der Gewerbetreibenden, Gesetzgebung z. verhandelt werden soll. Der Bezugspreis für das ganze Jahr (12 Nummern) beträgt M. 1, einzelne Nummern kosten 10 P. Postzeitungsliste Nr. 6002 a.

einbart sind, der Bürgermeister das Recht zu, die Höhe der Sätze einseitig festzusetzen.

Bezüglich der Arbeitsordnungen haben 48 von den 55 Städten auf das Rundschreiben des Statistischen Amtes geantwortet und ihre Dienstvorschriften, Arbeitsordnungen und dergleichen eingegandt. Dresden und Mühlhausen schreiben, daß die Arbeitsordnungen für die städtischen Arbeiter sich zur Zeit noch in Bearbeitung befinden, Potsdam, daß die bisher geltende Arbeitsordnung veraltet sei und deshalb zur Zeit unangewendet werde. Duisburg, Erfurt, Solingen und Straßburg i. E. sind auf die Frage überhaupt nicht eingegangen. Halle a. d. S. hat eine Polizeiverordnung, betreffend Arbeiterfürsorge auf Bauten, eingegandt. Ein geringer Teil der anderen Städte hat nur allgemeine Arbeitsordnungen für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter, es sind dies die Städte: Cassel, Geln., Frankfurt a. M., Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz, Mannheim. Die Städte Darmstadt, Freiburg i. Br., Karlsruhe, Offenbach und Stuttgart haben neben allgemeinen Arbeitsordnungen bzw. neben grundsätzlichen Bestimmungen über Arbeitszeit und Löhne besondere Arbeitsordnungen für die Arbeiter der verschiedenen städtischen Betriebe. In Leipzig bestehen neben speziellen Betriebsarbeitsordnungen Bestimmungen über die Lohnverhältnisse der im unmittelbaren Lohne des Rathes zeitweilig beschäftigten Arbeiter. Die übrigen Städte haben nur besondere Arbeitsordnungen für bestimmte Betriebe. Am häufigsten sind besondere Arbeitsordnungen für die Gas-, Bau-, Wasser- und Elektricitätswerke vorhanden.

Zur Frage des Städtebaues der Zukunft.

Von R. M. Grempe.

(Nachdruck verboten.)

Auch bei dem Bau der Städte müssen in erster Linie die Verkehrsmittel berücksichtigt werden. Man wird also zu einzurichten sind, daß die Käufer durch Vorgärten in dem Straßenlarm etwas geschützt werden und so ruhigen, gesunden und angenehmen Aufenthalt bieten.

Das Pfaffen der Straßen soll „geräuschlos“ sein, damit der Bogenverkehr nicht die Nerven der Menschen so unangenehm belästigt, wie mit glücklichen Erdenbewohner, die mir am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts leben, es leider beinahe als ganz selbstverständlich betrachteten. Sicher werden es spätere Geschlechter kaum verstehen können, wie die Bewohner der Städte bei dem geradezu höllischen Lärm, den bei uns heutzutage in jedem Augenblick der öffentliche Verkehr insolge vieler mangelhafter Einrichtungen mit sich bringt, ihrem anstrengenden Beruf nachzugehen vermöchten. Vielleicht kommt die Kunst-phonographische Aufnahme noch auf eine solche Höhe, daß wir diesen Lärm unseres Straßenlebens mit voller Naturtreue aufnehmen und bauernd wiedergeben vermögen. Als schlimmste Strafe könnte man dann in späteren Zeiten besonders schlimm Verbrecher dazu verurteilen, täglich eine Stunde lang die Wiedergabe des ungeliebten Straßenlarmes unserer Tage durch den Phonographen angahören.

Geradezu besänftigend ist es, daß wir in unseren Straßen noch immer nur verhältnismäßig wenig sogenannte „geräuschlose“ Pflaster haben. — Das gewöhnliche Steinpflaster mit den durch die Verlegung bedingten Fugen nicht unseren zeitgemäßen Anforderungen genügen kann, sollten eigentlich längst alle Stadtverwaltungen eingesehen haben. Wenn auch Asphalt- und Holzpflaster ihre Mängel haben, so sind sie doch darum empfehlenswerth, weil sie einen verhältnismäßig „geräuschlosen“ Verkehr ermöglichen.

Es könnte nun eingewendet werden, daß gewöhnlich die Bevölkerung der Städte diese Uebelstände längst empfunden hat, daß doch aber gerade die Fachleute die Anlagen in der Weise ausführen, daß sie die geringsten Mängel aufweisen. Diesen Ansichten, die man nur zu oft antrifft, muß aber energig gegenüber getreten werden, denn nicht der Rechner ist schuld, sondern die Verwaltungen, die auf möglichst billiges Bauen oder Anlagen ausgehen, und da nun jede Bevölkerung einer Stadt gerade die Verhaltung hat, die sie verdient, so ist eben die Einwohnervielfalt bis zu einem gewissen Grade selbst an den Zuständen schuld.

Interessanter aber auch nicht bekannt werden, daß häufig allgemein empfundene Uebelstände erst dann beseitigt werden, wenn die Fachleute sie nicht nur rügen, sondern auch gleich geeignete Vorschläge zur Beseitigung der Mängel und zur Verbesserung der Verhältnisse machen. In dieser Hinsicht kann man vielleicht unseren Ingenieuren den Vorwurf machen, nicht genügend für die Auffklärung der Bevölkerung gesorgt zu haben. Immerhin sind aber auch von Fachleuten wiederholt manderlei Anregungen gegeben worden, die nicht die ihnen eigentlich zukommende Beachtung gefunden haben.

Wiewohl macht sich auch bei uns das Streben nach Verbesserung der Verkehrseinrichtungen bemerkbar, aber manche ausländischen Einrichtungen werden uns doch noch immer für die nächste Zukunft als Muster dienen müssen; freilich können auch wiederum manche unserer Erregungsdarsteller von anderen Ländern als Vorbild benutzt werden. Auf Grund eingehender Studien in verschiedenen Ländern hat nun in letzter Zeit Herr Architekt O. S. P. Silber in der „Deutschen Zeitschrift“ und die Städte der Zukunft eine Arbeit veröffentlicht, aus der wir im Folgenden einige besonders beachtenswerte Ausführungen einem größeren Leserkreis zugänglich machen wollen. Ueber den Straßenbau und die Mittel und Wege zu seiner Beseitigung sagt Silber u. A. Folgendes:

„Das schlechteste Pflaster ist offenbar das in unseren Straßen übliche Steinpflaster. Das auf diesem fahrenden Wagen verursachen einen Höllenlärm. Die Fugen in dem Pflaster geben der Entwidlung von Ragen, welche dann mit dem Straßenstaub in die Wohnungen bringen, den heillosen Spielraum. Es wird bei uns noch lange dauern, bis man allgemein einsehen gelernt hat, wie schädlich der Straßenlärm auf das Allgemeinbefinden wirkt. Daß die Nerven darunter leiden, ist längst festgestellt, aber das Publikum ist ja an den Lärm gewöhnt. Es ist aber ein großer Irrthum, daß man sich an solchen Lärm gewöhnen könne. Man kann sich wohl an das einseitige Geräusch, wie das Riden einer Uhr oder das Klappern eines Mühlrades gewöhnen, nicht aber an periodische und mannigfache Geräusche verschiedener Intensität und verschiedener Charaktere. Diese Geräusche werden schon ihres ungleichmäßigen Wesens halber einen ständigen Einbruch selbst auf den ge-

fundesten Menschen machen, und sei dies auch ganz unbefugt. Man vergleiche einmal in der Richtung die Anlage eines schönen Balziers mit dem landesüblichen Lärm unserer Straßen! Hier Wohlbehagen und Behagen, dort Mißstimmung und Neizbarkeit! Je mehr diese Liebesfälle eingeschoben werden, um so mehr wird man sich der Vorgärten und des Asphaltpflasters bedienen. Letzteres ist allerdings kostspielig, aber trotzdem das beste Pflaster, denn es läßt insofern seiner leichten Reinigung den Staub nicht so aufkommen und vermindert das nervenzerschütternde Geräusch von Fahrwerken aller Art."

Es steht fest, daß die Straßen im Allgemeinen viel zu eng sind, um dem lebhaften Verkehr den genügenden Raum zu bieten. Auch sind z. B. unsere gewöhnlichen Transportwagen so primitiv gebaut, daß man glauben kann, sie wären im Mittelalter entstanden. Alle Neuerungen, um die Führerwerke der zeitgemäßen Technik entsprechend zu gestalten, scheinen für die gewöhnlichen Kraftwerke nicht vorhanden zu sein, da im Interesse der möglichst billigen Herstellung die für möglichst ruhiges Fahren erforderlichen Federn und sonstigen die Erschütterungen und den Spetakel dämpfenden Einrichtungen nicht angewendet werden. Mit Recht kennzeichnet der erwähnte Sachverständige diesen Zustand mit den Worten: Welche Anforderungen an die Kraftwerke zu stellen sind, ergibt sich von selbst. Ein Witz auf die üblichen jämmerlichen Kraftwerke mit Beachtung des von ihnen verursachten oberschreienden Lärms lehrt zur Genüge, wie notwendig energische Maßregeln sind. Die Vorgesetzten der Mäher müßten vor allen Dingen zweifelhafte sein, um nachgestellt werden zu können; außerdem müßten sie Selbsthüter, enthalten, da sich beim Drehen das Öl mit dem Straßenstaub vermischt und festtrocknet. Auch gute Federn sind selbst für Kraftwerke erforderlich, damit Geräusche vermieden werden. So herrlich weit haben wir es in unserer hochzivilisierten Zeit noch nicht gebracht, daß unsere Kraftwerke möglichst geräuschlos fahren! Daß die Federn an solchen Lastwagen insofern anders konstruiert werden müssen als die Federn für Luxuswagen, ist selbstverständlich. Man würde sich hierbei die bei Güter-Eisenbahnwagen üblichen Federn zum Muster nehmen können. Bei unsrem jetzt meist üblichen schlechten Straßpflaster würden auch die besten gewöhnlichen Federn bald in Krümmern gehen.

Daß in unseren Straßen Fußwerke verkehren, die mit Eisenkonstruktionsteilen so beladen sind, daß sich die verschleissenen eisernen Körper bei jeder Erschütterung während des Fahrens auf dem Steinpflaster berühren und insofern dieses Anschlagens einen entsetzlichen Lärm machen, — das, man sollte es kaum für möglich halten, kann man z. B. heute alle Tage selbst in der Weltstadt Berlin beobachten. Daß man im Interesse der öffentlichen Ruhe die zu transportierenden Eisenstücke mit Stroh und anderen schalldämpfenden Materialien so verpackt, daß sie nicht gegeneinander schlagen können, darf also möglichst wenig Geräusch beim Transport entstehen kann, ist weder den Leitungen vieler Fabrikanten, noch dem Publikum und oft auch nicht den Gesundheitsbehörden bisher genügend zum Bewußtsein gekommen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die Fahrrad- und Automobilindustrie Verbesserungen aller Wagenarten zeitigen würde. Bei den Selbstfahrern ist man im Interesse der möglichststen Schonung der menschlichen Anlagen gezwungen, die Motoren z. B. zu lagern, daß die beim Fahren auftretenden unangenehmen und schädlichen Erschütterungen möglichst durch Federn gemildert werden. Daß die Fahrräder und Automobilschraube, die sie meist mit Gummirollen (heißt Pneumatis, heißt Wolfrisen) ausgerüstet sind, sehr wenig Geräusch beim Fahren verursachen, läßt sich nicht bestreiten, und so kann man durch die hoffentlich recht bald bald greifende allgemeine Verwendung bezüglicher Fußwerke dahin kommen, daß das Geräusch der auf den Straßen fahrenden Wagen sehr gering ist.

Man kann natürlich jetzt noch gegen die Automobilwagen geltend machen, daß sie oft durch das Geräusch ihrer mechanischen Einrichtungen mehr Lärm verursachen, als dieses bei den schlechtesten gewöhnlichen Wagen der Fall ist, und es kann auch nicht geleugnet werden, daß viele Selbstfahrer (namentlich die mit Benzol-, Petroleum- und ähnlichen Motoren) recht unangenehme Geräusche erzeugen, die gerade nicht als eine Annehmlichkeit zu bezeichnen sind. Der objektive urteilende Beobachter aber wird zugeben müssen, daß unternehmbar diese Liebesfälle des Automobilwesens schon insofern vermindert sind. Man muß eben bedenken, daß die junge Automobilindustrie durch fortgeschrittene Verbesserungen ihre Fabrikate erst vervollkommen muß. Jedemfalls werden aber durch bezügliche Verbesserungen, die einigermassen ruhig und geräuschlos Betrieb der Kraftwagen in Zukunft ermöglichen dürften, die Mängel unserer bisherigen Fahrzeuge so recht in die Erscheinung gebracht. Sache des Publikums wird es sein, durch fortgesetzte Kritik der mit dem bisherigen Automobilwesen verbundenen Lebensstände dafür zu sorgen, daß für diese Kraftwagen von vornherein die höchsten Anforderungen maßgebend sind.

Es dürfte aber auch zweifelhaft sein, die Warnungssignale der verschiedenen Wagenarten — wie dieses schon in einzelnen Orten geschehen ist — einheitlich zu regeln, was im Interesse der Verkehrssicherheit sehr erwünscht ist. Es ist klar, daß der einen Straßenkammer überfahrende Mensch sich anders verhält, wenn er das Warnungssignal eines Automobils hört, als wenn er durch das Zeichen eines Radfahrers zum Ausweichen veranlaßt wird; im ersten Fall wird er bestrebt sein, durch einige Schritte schnell den Bürgersteig zu gewinnen, während er im zweiten Fall durch Stillstehen oder durch geringes Ausweichen dem Radler die beste Möglichkeit giebt, die Fahrt ungehindert fortzusetzen. Nun haben wir aber kein einheitliches Signal für die verschiedenen Fahrzeuge. Die Folge davon ist, daß man auf dem Straßenkammer am Signal auch nicht feststellen kann, was für einem Gefährt man ausweichen soll. Angenommen, das sogenannte Suppenignal (also das Toff-Toff) ertönt, so wird der Straßenpassant, der mit eiligen Schritten dem vermeintlichen Auto ausweichen will, dem Radler, der vielleicht glaubt, zwischen Passant und Vorführer noch genügend Raum zu haben, gerade in's Rad laufen! Man sollte daher zum Mindesten dafür sorgen, daß gewisse Klingelzeichen das Herannahen eines Radlers anzeigen, während die Suppe mit ihrem energiegelichen und lautem Toff-Toff dem Automobilwagen vorbehalten bleiben sollte. Die Straßenbahnen könnten dann durch die Wahl der Glocken ebenfalls einheitlich für jede Stadt ein kräftiges Klingelzeichen haben,

das sich genau von den von Radlern zu führenden Klingeln unterscheiden müßte. Diese Vor schläge lassen sich leicht durchführen, und sie werden die Sicherheit der Straßenpassanten und gleichzeitig damit die Leichtigkeit des Verkehrs für alle Wagenarten wesentlich erhöhen. In Straßen mit sehr großem Verkehr ist es eben unbedingt erforderlich, daß alle Signale im Verkehrsinteresse zweckmäßig geregelt sind.

Die allgemeine Verwendung der Selbstfahrer dürfte aber für unsere Städte noch einige andere Nachteile mit sich bringen. Da die thierischen Zugkräfte verschwinden, so verunreinigen auch nicht mehr die von den Thieren auf den Straßen erzeugten Exkremente die Dämme. Die weitere Folge ist, daß nun auch nicht bei Regenwetter jener liebliche Schmutz entstehen kann, der heute unsere Gassen bei jedem Gange während und kurz nach einem Regen so schön verunreinigt, und der sich auch auf unseren Kleidungsstücken nach Möglichkeit ablagert und festsetzt. Da die Automobilmotoren nur mit ihren Mähern durch den etwa vorhandenen Straßenschmutz fahren, und da die Wagen durch entsprechende Form und Anordnung der Gummireifen sowie durch Anbringung von passenden Schmutzfangern den Straßenschmutz nicht nach allen Seiten verstreuen können, so wird später das Reinhalten der Straßen selbst während des Regens viel weniger unangenehm sein, als dieses jetzt der Fall ist. Das Pferd, das heutzutage während des Regens durch die von Straßenschmutz erfüllten Straßen den Wagen zieht, tritt mit seinen Hufen in diesen Schlamm, der — wie dieses wohl jeder Fuhrmann schon selbst einmal zu seinem Leidwesen erfahren hat! — nun nach allen Seiten in die Höhe springt. In engen Verkehrsstraßen kann man diese Thatsache dadurch am besten feststellen, daß man sich die Hufe zu beiden Seiten nach einem Regenschauer genauer betrachtet; so waren z. B. vor dem jetzt durchgeführten Straßenerweiterung die Gebäude im Engpaß der Charlottenstraße zwischen der Straße hinter den Linden und der Behrenstraße zu Berlin nach jedem Regen oft bis zur Höhe des zweiten Stockwerkes mit aufgespritztem Straßenschmutz bedeckt.

Das Automobilschraube wird schließlich auch insofern für den Straßenverkehr der Städte vorzuziehen sein, weil es die Straßendecken weniger abnutzt als die Pferde, die mit ihren Hufen die Fahrdämme beschädigen, einzelne Theile nach und nach lösen und so viel Straßenschutt erzeugen. Die Verdrängung der von Thieren gezogenen Fahrzeuge durch Automobilschraube wird also die Kosten der Unterhaltung des Straßenschutts wesentlich verringern, was sich natürlich wieder im Etat jeder Gemeinde angenehm bemerkbar machen muß. Daß sich die Automobilmotoren auch besser und schneller lenken lassen als von Thieren gezogene Wagen, und daß daher die Sicherheit des Verkehrs in dieser Hinsicht zunimmt, soll nur noch erwähnt werden.

In Straßenerweiterungen mit besonders lebhaftem Verkehr sind Fußgänger-Zummelanlagen zu erbauen, wie dieses in London schon in einem vorbildlichen Fall geschehen ist.

Ans anderen Berufen.

* Die „Metallarbeiter-Zeitung“, Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hat mit ihrer Nummer 21 die Auflage von 150 000 überschritten. Das erste Hunderttausend erreichte unsere Kampfgenossin im Spätkommer 1900. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ ist das einzige Gewerkschaftsorgan, das eine höhere Auflage als der „Grundstein“ hat.

* Tarifvertrag zwischen den Berlinern Dachdeckern und der dortigen Dachdeckerinnung. Die Hauptbestimmungen des Tarifes sind: Neunstündige Arbeitszeit resp. acht- und sechsstündige, je nach der Jahreszeit. Der Lohn beträgt bis zum 1. Juli d. J. 65 P., von da ab bis zum 31. März 1904: 67½ P. und vom 1. April 1904 bis 1. April 1905: 70 P. pro Stunde. Lebenslöhne sind nur in dringenden Fällen zulässig und werden mit 15 P. Zuschlag vergütet. Für Nachtarbeit ist pro Stunde 1 P. zu zahlen. Auswärtige arbeitende Gesellen, die einen gesetzlichen Grund zur Entlassung geben, erhalten kein Rückgehalt. Im Uebrigen sind für Jahrgeldvergütung sowie Quartierzuschuß der auswärtigen Arbeiterinnen bestimmte Normen geschaffen. Die Parteien beschließen gegenseitig, nur tariffreie Unternehmen zu arbeiten. Hierdurch soll erreicht werden, daß auch die der Jämmerung nicht angehörigen Unternehmer den Tarif anerkennen. Alle vorkommenden Differenzen unterliegen der Schlichtung einer zu gleichen Teilen aus Arbeitgeberinnern und Unternehmern gebildeten Tarifkommission. Erfolgt hier keine Einigung, so entscheidet das Zinnungs-Schiedsgericht und als letzte Instanz das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Die dieses geschehen, darf kein Streit oder Aussperrung erfolgen. Der Tarif hat Gültigkeit für Berlin und die Vororte und läuft vom 18. Mai d. J. bis zum 1. April 1905.

Wie „christlich“ Gewerkschaften gemacht werden.

Einem interessanten Beitrag zur Entstehungsgeschichte der „christlichen“ Gewerkschaftsorganisation liefert das Verbandsorgan der deutschen Glasarbeiter unter der Signatur: „Politik im Betätigungsfeld“.

Ort der Handlung: Kirche eines Fabrikortes bei Saarbrücken.

Personen: Ein katholischer Kaplan, ein Glasarbeiter. Zeit: Erste Hälfte des April 1903. Kaplan (als Beichtater): Was machen Sie, Sonntagmorgens, weil Sie nicht in die Kirche kommen? Beichtender: Ich lese. Kaplan: Was ist das für ein Blatt? Beichtender: Den „Fadgenossen“. Kaplan: Was ist das für ein Blatt? Beichtender: Eine Zeitung für die deutschen Glasarbeiter.

Kaplan: Ist das ein Verband? Beichtender: Ja. Kaplan: Gehören Sie diesem Verband auch an? Beichtender: Ja. Kaplan: Wo hat der Verband seinen Sitz? Beichtender: In Berlin. Kaplan: Mein Gott! Wissen Sie denn nicht, daß das Sozialdemokraten sind — diese sind ja gegen unsere Religion! Sie müssen unbedingt austreten. Verbrennen Sie alle Schriften davon. Wollen Sie mir das versprechen? Beichtender: Ja.

Kaplan: Sind hier noch mehr Arbeiter in diesem Verbands? Beichtender: Ja. Kaplan: Haben auch schon von diesen gelebt? Beichtender: Ja. Kaplan: Sagen Sie zu diesen, wenn sie nicht austreten, ist ihre Weichte unglücklich. Sagen Sie ihnen weiter, daß wir in nächster Zeit einen christlichen Verband hier gründen, das kostet pro Monat nur 30 P., ist also garnicht theuer; treten Sie, bei den Sozialdemokraten aus, dann kommen Sie später zu uns! Wollen Sie mir das Alles versprechen? Beichtender: Ja.

Nach dieser hochmuthvolligen politischen Beweisschöpfung erfolgte dann die heilige Absolution.

Ein weiteren Beitrag dieser Art der Gewerkschaftsbekämpfung im Reichsthal befindet sich die „Mugsburger Volkszeitung“ vom dem Walfahrtsort Pöbel in Schwaben: Ein junger Mann ist im Vorstand einer gewerkschaftlichen Organisation, um nach dem Sonntagvormittag zur Regelung der Verbandsangelegenheiten in's Lokal nach der Stadt und kann daher nicht jeden Sonntag zur Kirche gehen. Beichtender brachte diesen Umstand, weil er ihm sündhaft dünkte, im Beichtstuhl vor. Der Pfarrer mußte dann ganz genau wissen, was das für ein Verband sei. Als das Beichtend Alles gesagt, war der Pfarrer entrückt, daß der Arbeiter einer solchen Vereinigung, die ja „sozialdemokratisch“ sei, angehöre. „Lieber Allem müßte die Fahne der katholischen Kirche flattern.“

Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer haben schon mehrfach bestritten, daß sie Organisationen gegen die Gewerkschaften gründen; es sei ihnen nur um die Sammlung der unorganisirten christlichen Arbeiter zu thun. Man braucht nur die Geheimnisse der Beichtstuhlskagation etwas zu kühlen und sofort sieht die Sache deutlich anders aus.

Verschiedenes.

* Vereinsnörgler. In den meisten Vereinen findet sich eine Zahl sonderbarer Menschen, die unter einem unglücklichen Gestirn geboren zu sein scheinen, welche Feindschaft, Mißtrauen und Uneinigkeit gleichsam ausathmen, deren Stimme stets Streit verkündet; sie können nichts für diesen Fehler, sie meinen es garnicht so schlimm, aber sie können es nicht ändern. Man möchte sie eine Art gesellschaftliche Stachel schweine nennen, deren Stacheln sich etwa ertönen; ihr Witz ist verquer, sie sehen alle Dinge verkehrt an, sie finden alle Dinge gleichsam in's Wasser, wo dann auch das Grabsteine trumm erscheint; sie wissen, daß man jedes Wort berückelt, deuten kann, und sie lassen ihre Worte gerade immer so auf, wie ihr sie nicht meint; sie wissen, daß kein Mann, kein Entwurf so vollkommen sein kann, daß er Alles berücksichtigt, sie treten einem Verein bei, scheinbar, um mitzuarbeiten an dem gemeinsamen Werk, in der That aber, um zu kritisieren, ohne zu beschaffen, das besser zu machen, worüber sie sich aufhalten. Sie benehmen nicht die Vorzüge des Vereins, um diesen zu verhehlen, sondern ergründen alle Schwächen, die sie dem gemeinsamen Feind zu vertragen, jeden Genossen lassen sie ihre Ungutredigkeit fortwährend fließen, bis ihre Gegenwart zu einer wahren Strafe wird und ihr das Gefühl hat, als ob ihr Frieden und gegenseitige Achtung nicht bei Euren Freunden, sondern bei Euren Gegnern zu suchen hätte. Einen Jeden prophezeien sie ja lange, daß die Sache schief gehen wird, bis sie dann selbst richtig jeden Erfolg bereizelt haben, und nun beanspruchen sie noch Anerkennen für ihre verächtliche Prophezeiung und achtungsvollen Dank für ihre Hilfe, die Euch zum Fallstrich geworden ist. Sie sind gleichsam die Spritzenmänner Eurer Gesellschaft, die überall eine Feuerspritze mit sich führen unter dem Vorwande, daß Eure Sache in fortwährenden Feuersgefahr ist, Euch von früh bis spät bespätzen und bespinnen, bis jedes Mitglied einer überlaufenden Wassertraufe gleicht. Die meisten Verbands weisen einige dieser „verdammt guten Freunde“ auf; gering an Zahl, sind sie doch unauflösbar. Sie sind die Wegelagerer des Fortschritts, die Joden, der diesen Weg einschlagen will, in Unruhe versetzen; sie halten Euch auf und berauben Euch Eurer Hoffnung; sie sind die Jagd- und die Turpin's der Demokratie und mit klugen und starke Leute barmüthigen ihnen zu entweichen oder ihnen Trost zu bieten. (Aus: „Menschenhum“ von Aug. Specht, Gottha.)

Eingegangene Schriften.

Eugen Richter's Sozialistenpiegel. Die Wahlkämpfe der Alltagsgesellschaft Fortschritt. Unter diesem Titel erscheint im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine Wahlkämpfebrochure, die sich gegen die bewußten Verdränger und die niedrigen Verleumdungen wendet, mit denen Eugen Richter unsere Partei in diesem Wahlkampf verurteilt. Die genannte Broschüre des Ordnungskomitees, von der sich demokratisch-liberal brüderliche bis zur reaktionärsten Konterbation, hat im „Sozialistenpiegel“ die Fundgrube entdeckt, der sie ihre Wahlkämpfe für die geistige Bekämpfung der Sozialdemokratie entnehmen kann. Alles, was jemals gegen unsere Partei an Dummheiten, Fälschungen und Verleumdungen geschrieben worden ist, hat in das Sammelbuch Eugen Richter's Fluß gefunden und gefunden. Der Verfasser unserer Broschüre hat nicht all das Gedächtnis widerlegen können, das hiesige ein Buch schreiben, aber er hat die wichtigsten „Schlager“ Eugen's herausgenommen und an ihnen bewiesen, was Gekochtes und der Verfasser ist: Ein Spiegelbild der Reaktion, der unter dem Vorwande: Mieber mit den Sozialdemokraten! sich nur noch der Bekämpfung der Arbeiterklasse weicht — der Bekämpfung mit den allerbesten, plumpsten und unsaubersten Mitteln. Der Einzelpreis ist 20 P.

Der Rohrnacher Fischer im Lichte der Wahrheit. In dem Wahlkampf greifen die Konserativen und Liberalen Parteien, da sie sich unsfähig fühlen, die Grundanklagen und Forderungen des sozialdemokratischen Programms mit ähnlichen Grübeln zu widerlegen, zu den niederträchtigsten Mitteln der Verleumdung, der Verächtlichung und der Abge. Für Zweck heiligt ihnen jedes Mittel, wenn es nur verpricht, den Wahlkampf der Arbeiter zu lähmen. Sie haben denn auch kein Bedenken getragen, die verlogene Prophezei des Rohrnachers Ernst Fischer, die schon bei der vorigen Reichstagswahl eine Rolle

spielte, in Masse neuherstellen zu lassen und überall im Reich zu verbreiten. Der Verfasser der vorliegenden Broschüre untersucht, welcher Werth den Verleumdungen Fischer's beizulegen ist und auf welche moralische Werthschätzung dieser Kronegenosse der herrschenden Parteien Anspruch hat. Der Einzelpreis ist 5 A. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung B o r m a r t s, Berlin SW, Lindenstr. 69.

„Wahre Jacob“ Nr. 12 seines 20. Jahrgangs. Die Serie der „Wahrbilder“ wird in derselben durch das farbige Bild „Die Stallmächte der Reaktion“ fortgesetzt. Das andere farbige Bild „Der Militarismus als Schächer unseres Heims“ zeigt drastisch, welche zerschmetternde Wirkung dieser angebliche Beschützer in Wahrheit auf unser Heim ausübt. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 A.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) 85. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Wahlstatistik der Bourgeoisie. — Klasseninteressen. — Sonderinteressen. — Gemeininteressen. Von Karl Kautsky. Freiheit und Gerechtigkeit. Klasse und Gesellschaft. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Postkörner zum Preise von 4,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Zu freien Stunden, illustrierte Romanbroschüre, Heft 15-20. Mit dem nächsten Heft beginnt eine Erzählung von Emil Sala „Der Sturm auf die Mühle“. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 A. Bestellungen nimmt jeder Postkürner, sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 8856) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen.

Briefkasten.

Zur Beachtung für unsere Korrespondenten. Für Nr. 25 tritt Redaktionschluss schon am Montag Mittag ein. **Bresenheim, S. K.** Sie haben vergessen, den Namen des verstorbenen Kollegen anzugeben.

Ruftung.

In den Monaten März, April und Mai gingen bei der unterzeichneten Expedition nachstehende Beträge für Anzeigen ein:

März: Spandau M. 0,20, Bonn 0,20, Glogau 0,20, Neubrandenburg 0,45, Lyden 0,20, Budenau 1,75, Zielensig 2,65, Driesen 1,20, Bielebe 0,20, Niensteden 1,16, Waldenburg 0,60, Erfurt 4,15, Berlin IV 0,60, Gilden 1.

April: Moritzgräfle (R.-A.) M. 0,80, Bielebe 0,20, Tempin 0,20, Spandau 0,20, Bochum 0,45, Fadenburg 1,20, Ebbau 1,20, Lehnin 0,40, Stendal 0,85, Meeran 1,55, Potsdam (R.-A.) 0,20, Krositz 1,20, Albed 1,20, Eisenberg 0,45, Erker 0,20, Wihow 1,50, Langernmühle 3,90, Waren I. M. 1,80, Driesen 1,20, Neuhaus a. d. E. 0,45, Neustrelitz 0,65, Neufelth 3,80, Zaplau 2,80, Braunschweig 1,20, Anklam 0,65, Sonneberg I. Th. 0,45, Gütersdorf 2,10, Stadthagen 0,80, Ederförde 0,60, Wittenberg 1,20, Rasewall 1,60, Angoldstadt 0,60, Nowawes (R.-A.) 0,80, Spandau 0,20, Münster 1,20, Jagnd 5,10, Straußberg 0,40, Nordhausen 0,60, Owersheid 0,45, Tempin 0,20, Glogau 0,20, Solingen 1,50.

Mai: Schönwalde M. 2,65, Biesbaden 1,80, Charlottenburg (R.-A.) 0,20, Gütersdorf 0,45, Königberg i. Pr. 3,90, Eddin 1,50, Wilmersdorf 1,75, Neuhaus a. d. E. 0,20, Braunschweig 0,60, Bütz i. M. 0,45.

Die Expedition des „Grundstein“.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege A. Doehne, hat für einige Wochen das Sanatorium in Berlin aufgesucht. Alle Mitteilungen, Beschwerden etc. an den Ausschuss sind bis auf Weiteres von den stellvertretenden Vorsitzenden, Otto Hanke, Berlin N, Putzstr. 7, zu richten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Beitragszahlung im Zweigverein Berlin.

Für die Maurer ist ein Beitrag von 65 A eingeführt, der nur mit einer Einheitsmarke quittiert wird. Dieser Beitrag ist von allen in Berliner Vereinsbezirk arbeitenden Mitgliedern zu zahlen.

Mitglieder aus Zweigvereinen der Provinz Brandenburg, welche jede Woche nach Hause reisen, können die Einheitsmarke in dem Zweigverein ihres Heimathortes lösen.

Die hierzu erforderlichen Marken können die betreffenden Vereine nicht von uns, sondern nur dem Vorstand des Zweigvereins Berlin beziehen. Die Abrechnung dagegen erfolgt, genau so wie mit allen anderen Verbandsmarken, mit uns.

Der Hauptplatz gebühren von jeder 65 A-Markte 42 A. Von den übrigen 23 A sind in jedem Quartal 18 A an den Vorstand des Zweigvereins Berlin zu senden und 5 A bleiben am Orte. (Siehe § 23a des Statuts.)

Die Mitglieder der Sektionen der Putzer und Abstrichputzer haben einen wöchentlichen Beitrag von 75 A zu zahlen.

Dieses gilt auch für Mitglieder, welche Putz arbeiten verrichten und nicht einer der beiden Sektionen, sondern irgend einem Zweigverein in der Provinz angehören.

Die Mitglieder sind verpflichtet, sich beim Sektionsvorstand der Putzer, Rosenhalestr. 57, eine Karte zu lösen und sich den sonstigen Kontrollbestimmungen der Sektion der Putzer zu unterordnen.

Zum Zweigvereinsbezirk Berlin gehören folgende Orte:

Berlin, Baumgartenweg, Britz, Borsig, -Wulow, Charlottenburg, Dahlem, Deutsch-Wilmersdorf, Döbber, Friedenau, Friedrichshagen, Friedrichshöhe, Grunewald, Groß-Weichenberg, Habelschloß, Heinersdorf, Hohenschönhausen, Halensee, Johannisbad, Klein-Wilmersdorf, Karlshof, Lichterfelde, Lautzow, Lichterberger-Ried, Marienshof, Marienshöhe, Nieder-Schönhausen, Ober-Schönhausen, Pantow, Reinickendorf, Rummelsburg, Rigdorf, Rudow, Südbende, Schönholz, Schönhausen, Steglitz, Stralau, Schöneberg, Schwarzenberg, Ziegel, Zehlendorf, Westend, Weichenberg, Wilmersberg, Zehlendorf.

Vom Vorstandesbestätigung

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Alsted, Gaalfeld, Heilbrunn, Ansbach, Schillingen, Böden, Curtschlag, Meyenburg, Helligenhagen und Bonn.

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 28b des Statuts vom Zweigverein Schwabach: Johann Döber (Buch-Nr. 120 523), Josef Köd (99 895), August Meyer (99 891), Jakob Feuerlein (120 621); Berlin-Charlottenburg: Franz Schferl (9216), Oswald Seiffert (2688), Karl Schweiß (9287), Valentin Karisch (2688); Dreesch: Wilh. Wille aus Siebersdorf (64 720) wegen Streubruchs in Z e g e l. Wille arbeitet zur Zeit im Berliner Lohngelände.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Hermann Lehner-Gölin (Buch-Nr. 80 297), Gustaf Kamjäger-Gölin (61 512), Friedrich Schleifer-Gölin (60 830), Johann Clausen-Jehee (79 781), Fritz Wichmann-Jehee (79 826), August Schulz-Tempin (103 903).

Aufgefordert

um Angabe ihrer Adresse werden die Kollegen Chr. Ort, früher Kassierer des Zweigvereins Grubenstein; Josef Slany (Buch-Nr. 80 097), geboren am 25. Januar 1864 zu Deutsch Stomarm. Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden dringend ersucht, sich Mitteilung zu machen. Das Buch Slany's ist einzuziehen.

In der Zeit vom 26. bis 30. Mai 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Schwednitz i. Schlef. M. 77,94, Stellungsbüro 82,07, Wermelskirchen 18,80, Weiswasser 11,40, Kiel 1000, Düsseldorf 800, Dortmund 380, Wissa 800; Oberhausen i. Rhld. 160, Bbbau 100, Rathowitz 100, Weußen 66,20, Wiesbaden und Umgegend 800, Erfurt 500, Chemnitz 200, Solberg 100, Insterburg 90, Braunschweig 800, Bütz i. Meckl. 75, Alsted b. Gießen 50,98, Trittau 40, Hamburg und Umgegend 3700, Wölin 47,04.

Für Futterale.

Briegen M. 5, Caputh 2,50, Hammer 50, Breslau 85, Dorimund 20.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabzügen genau anzugeben, wofür das eingekamte Geld bestimmt ist.

G a m b u r g, den 20. Mai 1903.

F. Köster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

Rechnungs-Abschluss für das erste Quartal 1903.

(Januar, Februar, März.)

Einnahme.

Waare Bestände bei Beginn des Jahres	M.	85494,93
Zinsen von belegten Kapitalien	M.	2168,70
Eintrittsgelder	M.	1289,-
Beiträge in der 1. Klasse	M.	67532,20
2. "	M.	74627,-
3. "	M.	5895,20
4. "	M.	1207,20
Extraktuer	M.	44,70
		149106,80

Erfolgleistungen von Berufsgenossenschaften und	M.	1714,81	
Unternehmern	M.	38000,-	
Zurückgezogene Kapitalien	M.	947,08	
Sonstige Einnahmen: für Duitungsabläßer, Straf-	M.	947,08	
gelder	M.	947,08	
		Summa der Einnahmen	M. 228840,80

Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M.	20190,17	
Für Arznei und sonstige Heilmittel	M.	17717,84	
Krankengeld:			
a) An Mitglieder der 1. Klasse	M.	51845,40	
2. "	M.	56054,-	
3. "	M.	7070,50	
4. "	M.	487,25	
b) An Angehörige	M.	115257,15	
3005,11			
An Sterbegeldern in der 1. Klasse	M.	2000,-	
2. "	M.	2150,-	
3. "	M.	850,-	
4. "	M.	47,50	
		4547,50	
Kurs- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	M.	9156,96	
Zurückgezogene Beiträge und Eintrittsgelder	M.	50,70	
Für Kapitalanlagen	M.	12000,-	
Verwaltungsausgaben:			
a) persönliche	M.	11009,35	
b) sachliche	M.	8541,28	
		14550,63	
		Summa der Ausgaben	M. 196475,06

A b s c h l u s s.

Summa der Einnahmen	M.	228840,80
Summa der Ausgaben	M.	196475,06
		Waarer Kasienbestand am Schlusse des I. Quartals M. 82165,24

Vermögensausweis.

Waarer Bestand am Schlusse des I. Quartals M. 82165,24
Zur Hypotheken, Sparkassen und Bauteilagen M. 508419,56
Demnach beträgt das Gesamtvermögen M. 635684,80
Nach dem Abschluss pro 1902 betrug dasselbe M. 564844,49
Demnach weniger am Schlusse des I. Quartals M. 29250,69

Am Schlusse des I. Quartals gab die Kasse 254 britische Verwaltungsscheine und 22681 Mitglieder.
Altona, den 23. Mai 1903.

Für den Vorstand: C. Reih, Kassier.

Vorsitzender Rechnungsabschluss ist von uns geprüft, mit den Kasienbüchern und Belegen übereinstimmend befunden, das Kasienvermögen ist und vorgelegt resp. nachgewiesen worden.

Für den Aufsicht:

C. Mäggenburg, S. Schulze, S. Steningf.

In der Woche vom 24. bis 30. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Rüdorf M. 600, Lübeck 400, Meckl. 200, Königshagen i. Pr. 200, Friedrichsberg 200, Bernau 150, Mühlhölz 100, Wilmersberg 100, Mi-Weistin 100, Marborn 100, Hamburg-Eppendorf 100, Teetow 100, Summa M. 2350.

Zufüsse erhielten: Mannheim 200, Celle 200, Gumbach 200, Immenhausen 200, Hammer 150, Burgstahl 100, Münster i. B. 100, Erfreb 100, Döberan i. M. 50, Niederdreisig 80, Bunzlau 20, Summa M. 1850.

Altona, den 30. Mai 1903.

F. A.: Karl Reih, Hauptkassierer, Wilmersstr. 57.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Vereinsmitglieder. Die Stelle kostet 15 A.)

Königsberg i. Pr. Am 17. Mai starb nach längerer Krankheit unser Verbandskollege **Emil Schirr** im Alter von 20 Jahren an Lungenschwindsucht.
Lodan. Am 12. Mai starb nach kurzem Kranksein unser treuer Verbandskollege **Friedrich Bühme** im Alter von 29 Jahren an Lungenerkrankung.
Querfurt. Am 27. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Hermann Schmidt** im Alter von 34 Jahren an Lungenerkrankung.
Witten. Am 28. Mai starb nach kurzem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **Chr. Luckfehl** im Alter von 69 Jahren an Nierenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Breslau. Achtung!

Alle Briefe, Karten und sonstige Sendungen, betreffend Angelegenheiten des Zweigvereins Breslau, erlöden wir zu adressieren an den Kollegen **Erich Widera, Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17.** Ebenso sind Nachrichten wegen Fernhaltung von Bezug an obige Adresse zu richten.
(M. 2,40) **Der Vorstand.**

Münster i. W.

Die Adresse des Kassiers ist: **Gustav Hennig, Weilerstraße 29 b.** (M. 1,20)

Zweigvereinsbestände, welche den Aufenthalt des Kassiers **Hermann Schmidt** aus Oßersleben wissen, werden um Angabe seiner Adresse ersucht. (M. 1,20)
Franz Schmidt, Oßersleben, Waisenhausstraße.

Wittstock.

Am Sonnabend, 13. Juni, feiert der Zweigverein sein **4. Stiftungsfest** im Lokale des Herrn Ford. Stütke, bestehend in Festessen, Prämientischen und Damenbesuchung. Von 10 bis 12 Uhr Verwallung. Um 12 Uhr Abmarsch zum Vereinslokal. Alle Kollegen sind zu dem Feste freundlichst eingeladen. (M. 3,80) **Der Zweigvereinsvorstand.**

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Rechnungsablage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingekamte werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.

Chemnitz. Besetzung sehr Sonnabend von 7 1/2 bis 9 Uhr in der „E. Kamm“, Untere Georgstr. 1.

Sonntag, 7. Juni.

Frankenhäuser (Kyffh.). Im „Burschenschafts“-Bühnenfest. Eintritte der Mitglieder erwünscht.
Gransen. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung im Brandischen Hofale. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Niemegk. Nachmittags 3 Uhr bei Jakob. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig.
Teuchern. Nachmittags 4 Uhr im Gasthof „Zur Sonne“. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Dienstag, 9. Juni.

Altenburg. Abends 8 1/2 Uhr im „Aster“. Infolge wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen sehr nötig.
Liegnitz. Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Eckhaus“. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Sonnborn. Abends 8 1/2 Uhr. Alle Kollegen müssen in der Versammlung anwesend sein. Streik der Zimmerer.

Sonnabend, 13. Juni.

Meerane. Abends 7 1/2 Uhr in der „L. Müller“ (obere Lokal). Das Erscheinen aller Kollegen ist nötig.

Sonntag, 14. Juni.

Werder a.d.H. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Rod, Böhmerstraße 28. Zahlreiches Besuch sehr notwendig.

Druck: Hamburger Buchdrucker und Verlagsanstalt **Auer & Co.** in Hamburg.